

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. Post ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen:**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je Zeile 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 8. November 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die amerikanische Präsidentenwahl!

Die Wahl Mac Kinleys ist nach den letzten Nachrichten nicht nur völlig gesichert, sondern der gegenwärtige Präsident hat sogar einen noch vollständigeren Sieg über seinen Nebenbuhler davongetragen, als bei der letzten Präsidentenwahl 1896. Mac Kinley hat nämlich 305 Wählerstimmen auf sich vereinigt, während auf Bryan nur 142 entfielen sind, wogegen 1896 auf den ersteren nur 271, auf den letzteren 176 Elektorenstimmen entfielen. Die Zahlen der Urwählerstimmen ist noch nicht bekannt. Mac Kinley siegte in 29 Staaten, darunter New York (mit einer Mehrheit von 140 000 Stimmen), Illinois, Maine, New Hampshire, Vermont, Connecticut, Massachusetts, Indiana, Kalifornien, Maryland, New Jersey, Ohio, Wisconsin, Delaware, West-Virginia und Michigan, während Bryan in 16 Staaten, darunter Nord-Carolina, Virginia und Texas durchdrang. Bekanntlich hatte Bryan die Wahlkampagne unter dem Schlagwort der Bekämpfung des Imperialismus geführt. Der Ausfall der Wahl beweist wenigstens das, daß von einer starken antiimperialistischen Strömung in den Vereinigten Staaten keine Rede sein kann, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß Mac Kinleys klug zurückhaltende Chinapolitik Bryan den Wind aus den Segeln genommen haben mag. Dafür hat Bryan den Philippinenkrieg weidlich zu fruchtbarsten gemacht, wobei dann in den letzten Tagen vor der Wahl gefälschte Aguinaldo-Telegramme, die von beiden Seiten verbreitet wurden, eine Rolle spielten.

Wenn auch bei dem Wahlkampf das wirtschaftliche Programm der beiden Präsidentschaftskandidaten den Ausschlag gab, so sei doch nochmals betont, daß unsere bereits im September geäußerte Auffassung, daß bei dem Imperialismus der Amerikaner die antiimperialistische Propaganda Bryans keinen stärkeren Wellenschlag hervorrufen werde, durch den Ausfall der Wahl ihre Bestätigung erfahren hat. Als wirklich ernsthaft antiimperialistisch können nur die Anhänger Karl Schurz' und die sozialistischen Wähler angesehen werden. Wer im übrigen für Bryans Wahlmänner stimmte, that das aus allgemein wirtschaftlichen Motiven, wie umgekehrt auch nicht alle Wähler Mac Kinleys als unbedingte und entragierte Imperialisten angesehen werden dürfen.

Auch in sofern schließlich spielte die Frage des Imperialismus bei der Wahl nur eine sekundäre Rolle, als man vielfach die antiimperialistische Kriegserklärung Bryans nicht ganz ernst nahm. Man hielt ihn zum Teil für einen Demagogen, der den Anti-Imperialismus nur als Mittel benutzte, um den Präsidentensitz zu erlangen. Und selbst wenn es Bryan aufrichtig gemeint hätte, würde er ja vermuthlich durch Repräsentantenhaus und Senat daran gehindert worden sein, mit dem überkommenen System der Expansionspolitik gründlich zu brechen.

Auch die wirtschaftlichen Programmpunkte Bryans erwiesen sich als nicht jugkräftig. Bryans Eintreten für die Silberwährung, von dem ein Teil seiner Anhänger nicht allzuviel Aufhebens gemacht wissen wollte, das aber durch die Aufnahme der „16 zu 1“ Silberpläne in die demokratische Plattform zu einem der wesentlichsten Programmpunkte gestempelt worden war, vermochte dessen Popularität über die Kreise der Silberminenbesitzer und der Farmer hinaus nicht zu erhöhen. Die augenblickliche günstige wirtschaftliche Konjunktur hat im Gegentheil das Interesse an der Währungsfrage gegen früher zurücktreten lassen.

Auch das programmatische Ergebnis des Kampfs gegen die volksausaugenden Trusts und Rings ist jedenfalls durch diese günstige Konjunktur in seinem Eindruck abgeschwächt worden, wenigstens zeigt der Wahlausfall nicht von einem allgütigen Zustuß von Arbeiterstimmen nach der demokratischen Seite hin. Schon früher wurde an dieser Stelle betont, daß die Masse des amerikanischen Volks in seinen politischen Stimmungen von der momentanen wirtschaftlichen Situation abhängig ist. Ohne sich lange in tiefere, principielle Untersuchungen einzulassen, schreibt man die Krisis oder die Prosperität dem augenblicklichen politischen Regime zu. So wurden als der stärkste Widersacher Bryans die „guten Zeiten“ bezeichnet — wie der Wahlausfall beweist, mit gutem Grunde. Ein Moment, das für Bryan günstig hätte in die Waagschale fallen können, der große Kohlenarbeiterstreik, wurde für den Wahlkampf dadurch ausgeschaltet, daß die Unternehmer, sicher nicht ohne eine Einwirkung von republikanischer Seite, sich zu Zugeständnissen herbeiließen und dadurch die Beilegung des Ausstands herbeiführten. Hätten die Unternehmer nicht die Hand zur Einigung geboten, hätte der Streik sich infolge des Starrens der Kapitalisten in die Länge gezogen und wohl gar nach amerikanischem Brauche zu einem Massaker der nach ihrer Gewohnheit Massendemonstrationen veranstaltenden Streikenden geführt, so hätte sich die Erbitterung der Arbeiter im ganzen Lande aller Wahrscheinlichkeit in der Abstimmung zu Gunsten der Demokraten Luft gemacht. Klugerweise vermieden es aber die Republikaner, ihren Gegnern diesen ersehnten Agitationsstoff zu liefern.

Mac Kinley siegte. Und durch ihr bedingungsloses Werkzeug die Industriellen, die großen Kaufleute, die Schutzpölnner, die Börse, die Imperialisten! Das Interesse an der Goldwährung und das spießbürgerlich kritische Wesen an den „guten Zeiten“ liehen Bryans Parole gegen die weltpolitische Abenteuererei und den ungeheuren Aufzug der Massenauflösung durch das kartellierte Großkapital erfolglos verhallen. Durch die Wahl Mac Kinleys — die eigentliche, durch die Elektoren zu vollziehende Wahl wird allerdings erst im Januar nächsten Jahres erfolgen — und die republikanische Mehrheit des Kongresses ist die Fortdauer des gegenwärtigen Systems der inneren und äußeren Politik der Vereinigten Staaten für eine Reihe von Jahren festgelegt. Daß der Imperialismus sich in Freudenrausch über die ihm

durch die Wahl zu teil gewordene Sanktionierung in neue große Aktionen einlassen wird, ist nach Mac Kinleys vorsichtiger Haltung in der Chinafrage fürs erste allerdings kaum zu befürchten.

Auf die Einzelheiten der Wahl, das Verhältnis der Stimmenzahl der Urwähler, die Verschiebungen der Stimmenverhältnisse in den einzelnen Staaten usw., wird nach dem Einlaufen genauer Nachrichten noch zurückzukommen sein. Nach den Erfahrungen der früheren Wahlen, bei denen einer relativ großen Differenz der beiderseitigen Wahlmännerstimmen die Differenz der Urwählerstimmen durchaus nicht zu entsprechen braucht, wurde doch 1888 Garrison mit 233 gegen 168 Elektorenstimmen gewählt, obwohl auf dessen Gegenkandidaten Cleveland ca. 100 000 Urwählerstimmen mehr entfielen waren, könnte die allgemeine Stimmenverschiebung auch diesmal eine nicht allzugroße sein.

Auch die diesjährige Wahl beweist wie die früheren, daß die amerikanischen Wähler politisch unreif genug sind, um keinen aber kapitalmächtigen Interessentenklugen willig Vorparadedienste zu leisten. Auch von der Arbeiterschaft in ihrer Masse gilt das. Der unerquickliche Eindruck der politischen Zustände wird noch verstärkt durch den barumunwürdigen Wahlspektakel, durch das System der Bestechungen, kurz durch den ganzen Wahlaufzug, durch den die Wähler eingefangen werden. Der Geist der Wahlen spiegelt sich in dem äußeren Charakter derselben. Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung, die auch für Amerika nicht lauter fette Jahre bringen wird, wird indes auch hier der principielle, zielbewußten Politik, der Klassenpolitik den Weg ebnen.

Abweichend von dem oben erwähnten Wahlergebnis, das vom Wolffschen Depeschen-Bureau mitgeteilt wurde, meldet das Depeschen-Bureau „Herold“ folgende Zahlen:

New York, 7. November. Nach neueren Feststellungen wurde Mac Kinley mit 292 Stimmen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, während Bryan 155 Stimmen erhielt. Mac Kinley besitzt in 27, Bryan in 18 Staaten die Majorität.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

#### Pofadowsky-Boedike und Herr v. Meerseid-Hällessem.

In polizeilichen Kreisen herrscht eine so große Nervosität, daß man sogar auf den Gedanken verfallen ist, die Polizei zu reinigen, wenigstens äußerlich. Was der Prozeß Sternberg, so schlimm er an sich ist, an Unsauberkeiten durch die bisherigen Zeugen auszusagen aufgeschüßert hat, ist nicht hinreichend, diese Nervosität ganz zu erklären. Man muß vielmehr annehmen, daß man mehr weiß, als bisher zu Tage getreten ist. Und freilich, wenn sich ein einfacher Kriminalhauptmann vermischt, eine Reihe von Vorgelegten zum Vortreten bringen zu können, dann muß in den Polizeistuben so großes Anlagematerial aufgehäuft sein, daß die ganze Institution ins Wanken geraten dürfte, wenn ein paar subalterne Beamten mit Beständen drohen.

Als erstes Opfer ist der öffentlichen Meinung der Polizeidirektor v. Meerseid-Hällessem dargebracht worden. Die „Verl. Korresp.“ verkündet mit schneidiger Schärfe:

„Nach dem Ergebnis der gestrigen gerichtlichen Vernehmung des Polizeidirektors v. Meerseid-Hällessem im Sternberg'schen Prozeß ist dem genannten Beamten folgende die weitere Ausübung dienstlicher Funktionen untersagt worden.“

Diese vorläufige Suspendierung findet stets statt, wenn gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren anhängig ist; für eine spätere wirkliche Amtsentfernung wird damit nichts entschieden, das hängt von dem Urteil des Disziplinarhofes ab.

Die gewaltige Feinsichtigkeit, die man plötzlich an den Tag legt, hat aber doch etwas Ueberauszendes. Es steht ein gutes Stück gesellschaftlichen Man-So-thuns in diesen Aktionen der Reinigung. Gewiß, Herr v. Meerseid-Hällessem hat sich gesellschaftlich kompromittiert, nicht weil er mit einem Millionär verkehrte, der schmutzigen Gelasten fröhnte, sondern weil Herr Sternberg, mit dem im übrigen die „feinste Gesellschaft“ Beziehungen unterhielt, das Pech hatte, aus Anlaß seiner Leidenschaften mit den Strafgesetzen in Konflikt zu geraten. Die Affaire des Millionärs wurden rüchbar, sonst hätte kein Mensch den Verkehr mit ihm meiden brauchen, auch wenn man insgeheim noch so viel gewußt hätte. So will es die bürgerliche Anstandsfrage.

Weiter hat auch der Polizeidirektor mit dem Millionär finanziell Beziehungen unterhalten. Aber selbst wenn sich aus diesem Verhältnis gewisse günstige Vorurteile seitens der Polizei für den Sünder ergeben hätten, so wäre das vom Standpunkt unserer socialdemokratischen Moral zwar schwer zu verurteilen, aber ein derartiges Korruptivdünken wäre ein Nichts gegenüber den Thaten, die die Polizei sonst auf dem Gewissen hat. Um wie viel abscheulicher ist es, wenn polizeiliche Lockspiegel anständige Männer ans Messer liefern, als wenn ein gefälliger Beamter sich einem ausschweifenden Millionär lebenswüchdig erweist.

Durch solche Manipulationen wird schließlich nur ein einzelner Mensch seiner Strafe entzogen, ein einzelner Beamter diskreditiert. Was für eine winzige Schuld gegenüber dem Verfahren einer Regierung, die im Dienste und in finanzieller Abhängigkeit von einer Ausbeuterklasse es unternimmt, eine große, hoffnungsvolle Kulturbewegung, wie sie das Proletariat in die Welt gerufen hat, mit Gefehesnebeln zu würgen. Herr v. Meerseid-Hällessem hat einen Verstoß gegen den Beamten-Komment begangen, die Herren Pofadowsky und v. Boedike haben das Princip des Staats selbst, das die bürgerliche Gesellschaft in ihren Worten als Grundlage des Staats anerkennt, preisgegeben — der Polizeidirektor

wird vom Amt suspendiert, die Leiter des Reichsamt des Innern sitzen fest auf ihren Stühlen.

Und Wunder über Wunder! Dieselben Blätter, die eben die Pofadowsky und Boedike als unerschütterte Säulen des Staats gepriesen, sie zetern über die Zustände in der Polizei. Die „Post“ rafft sich dazu auf, zu schreiben, daß der Schutzmann Stierstädter nach Auffassung seiner Kollegen für Wahrheit und Recht eintrete und gegen den „Triumph des Geldsacks“ kämpfe. Triumph des Geldsacks — das klingt ja geradezu wie socialdemokratische Verheugung; die Postredacteurs mögen sich vorhehen, daß sie wegen dieser Anleihe aus dem socialdemokratischen Sprachschatz nicht einen der bekannten Liebesbriefe von ihrem Herrn und Meister Stumm erhalten. Als die Pofadowsky und Boedike 12 000 Mark von der Industrie entnahmen, um den Triumph des Geldsacks der Scharfmacher zu vollenden, da loberte die „Post“ voll sittlicher Empörung gegen die, welche gegen den Triumph des Geldsacks kämpften.

Die „Post“ aber ist jetzt von einem fanatischen Sittlichkeitsdrang beherbergt; wenn nicht noch manche Rückfälle in die weltliche Sünde zu erwarten wären, so könnte man bereits annehmen, sie sei zur alten Wettschweizer geworden. Indessen, es handelt sich vorläufig nur um probeweise Sebetübungen:

Wie man jetzt erfährt, genöth Sternberg auch als Geschäftsmann kein besonderes Ansehen. Schon das hätte einen hohen Beamten, der auf Reinlichkeit zu sehen hat, abhalten müssen, mit diesem Mann in irgendwelche Verührung zu kommen. Daß aber Direktor v. Meerseid-Hällessem trotz seiner genauen Kenntnis über den Ruf Sternbergs noch mit ihm verkehrte und daß er Geschenke von ihm annahm und schüßend die Hand über ihn zu halten suchte, das ist ein Verhalten, das ein sofortiges und unnaehsichtiges Einschreiten der Regierung dringend zur Pflicht macht. Die heilsame Wirkung auf die ganze Beamtenschaft wird dann auch nicht ausbleiben; denn die Bande der Disziplin haben sich ja hauptsächlich deshalb gelockert, weil die Untergebenen von den Beziehungen zu Sternberg mühten und daher den inneren Zusammenhang seiner Verfügungen in der Sternberg'sche leicht erraten konnten. Steht an der Spitze der Kriminalpolizei wieder eine energische und sittlich einwandfreie Persönlichkeit, dann wird hoffentlich auch ein neuer Geist in die Beamtenschaft wieder eingehen.

Eine prächtige Komödie der Tugend nach einem Leben voll tiefster Dimehastigkeit ist die fulminante Ankündigung der „Post“. Schade nur, daß sie nicht ein paar Tage früher gekommen, als es den finanziellen Verkehr des Reichsamt des Innern zu würdigen galt. Dannals wäre das Objekt wert eines solchen Aufwands von Moral gewesen. Es ist eben noch immer das probateste Mittel, die großen Leute laufen zu lassen, indem man die kleinen — suspendiert.

#### Die Meber.

Herr v. Pofadowsky ist noch im Amt, nicht einmal Herr v. Boedike hat das Bedürfnis empfunden, das Ministerium zu räumen. Der Socialdemokratie ist es nur lieb, wenn sie mit den Herren persönlich abzurechnen Gelegenheit erhält, aber für die Moral der herrschenden Gesellschaft ist dies Faktum charakteristisch.

Es giebt Leute, die sich wundern, daß die beiden Beamten, nachdem sie in ihrer Abhängigkeit von einem Unternehmer-Verband entlarvt worden sind, noch den Mut haben, auf ihrem Posten zu bleiben. Aber das ist eine so wenig wunderbare Erscheinung, daß sie vielmehr ganz selbstverständlich ist.

Ein Minister, der freiwillig geht, ist bei uns eine Unmöglichkeit. Personen, die es in unsrem Staatswesen bis zum Minister gebracht haben, sind längst so beschaffen, daß sie keinen andren Grund für ausreichend halten, das Amt zu verlassen, außer die Kündigung seitens der staatsrechtlich allein dazu befugten Gewalt. Alle diese Herren haben ein wattiertes Gemüt, und in der Geschichte der letzten zehn Jahre ist der Fall überhaupt nicht vorgekommen, daß ein Kanzler oder Minister freiwillig gegangen wäre. Sie leben auf ihren Sesseln, bis ihnen von oben Gesundheitsrückichten, hohes Alter, Ruhebedürfnis oder sonst was anbefohlen wird. Mag die öffentliche Kritik sie stäupen, mag das Parlament ihre Vorlagen an den Schandpfehl schlagen, mögen ihre Handlungen noch so bedenklich sein, ihr Sitz und Mebesfleisch wird darum durchaus nicht nettös. Die öffentliche Meinung und das Parlament haben ja kein Kündigungsrecht, man ärgert sich vielleicht über sie, aber man sügt sich nicht.

Graf Pofadowsky und Herr v. Boedike haben keinen Augenblick daran gedacht, ihre Entlassung ernstlich einzureichen. Ihr ganzes Bemühen war vielmehr darauf gerichtet, ihrer Herrschaft nachzuweisen, daß sie noch immer dienstfähig und antwortwürdig seien.

Herr v. Pofadowsky und Herr v. Boedike sind nicht gekündigt worden, deshalb bleiben sie und werden auch die zu erwartenden Schläge des Reichstags geduldig auf sich nehmen. Wenn die Züchtigung erst einmal vorüber, ist das Ungemach schnell vergessen. Wer wird aus Furcht vor einer unvermeidlichen Strafe sein ehrenvolles Amt opfern!

Ein bürgerliches Blatt, der „Zerlöhrner General-Anzeiger“, stellt über diese Zustände recht treffende Betrachtungen an. Nachdem ausgeführt, daß es das sicherste Mittel sei, einem Minister sein Amt zu erhalten, wenn man ihn angreift, fährt das genannte Blatt fort:

Nicht durch Ansichten, Ueberzeugungen, Rücksichten auf das allgemeine Wohl wird ihre Haltung bestimmt, sondern fast ausschließlich durch den heißen Wunsch, im Amt zu bleiben. Ihm opfern sie alles leichten Herzens, auch die Achtung seitens ihrer Mitbürger. In seinem Dienst ist auch die Agitation gestellt worden, deren Kosten die Industriellen zu tragen hatten. Die maßgebende Stelle hatte die Buchdruckerei der Nation angekauft und niemand im Zweifel darüber gelassen, wie viel ihr davon lag, daß sie zum Gesetz erhoben wurde. Grund genug für die Herren Handwerker, alle Hebel, einwandfreie wie fragwürdige, in Bewegung zu setzen. Die Industriellen ließ diese Agitation kalt, weil sie sich von ihr wenig oder gar nichts versprachen. Wer anders als der Herr Staatssekretär des Innern zog aus ihr den Nutzen? Herr Bued, dem Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller, erschien das Erindern des Reichsamts des Innern um eine Beisteuer von 12000 M. eigenmächtig; d. h. er wundert sich über dieses. Die Kollegen des Grafen Wolodowsky werden es vielleicht für durchaus selbstverständlich gehalten haben.

Wenn der deutsche Philister sich in seiner Zeitung die innerpolitischen Zustände Frankreichs schildern läßt, kämpft er regelmäßig die Rufe. Sind die unfrischen aber etwa besser? Ist etwa die Berliner Presse weniger verlogen und weniger gewissenlos als die Pariser? Ist nicht auch bei uns für die regierenden Kreise die nackte Selbstsucht die fast alleinige Triebfeder für alle ihre Handlungen und Erwägungen? Wäre es nicht auch für die Herren nicht um des Vaterlands willen an das Amt?

Und gegen diese Kleberei giebt es ja auch kein Mittel. Wir leben in Schein-konstitutionellen Verhältnissen. Ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz existiert nicht, das das Thun und Handeln der Herren einigermaßen einzuschränken vermöchte. So können die Minister ganz nach Belieben ihre Geschäfte treiben, nichts vermag sie vom Plage zu drängen außer ein Machtwort von oben. Die Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien, die vor jedem ernsthaften Konflikt zurückbeugen, begünstigt das Streber- und Klebertum in der Regierung, die nichts fürchtet außer die — Kündigung.

## Deutsches Reich.

### China-Krieg und innerer Feind.

Der Kaiser hat bei der Truppenvereidigung in Berlin am Mittwoch an die Rekruten eine Ansprache gehalten, in der er nach den Blättern anspricht:

Ihr habt Eurem König und obersten Kriegsherrn einen heiligen Eid geschworen und seid nunmehr des Königs Soldaten geworden. Der Militärstand ist ein besonderer Stand und stellt besondere Anforderungen und Anstrengungen an den Körper und den Geist. Ihr müßt Euch insbesondere gewöhnen, Euch unterzuordnen, Euch einzufügen in ein Ganzes. Ohne die Unterordnung kann kein Gebäude bestehen. Ihr habt den Eid der Treue geschworen. Eure Brüder jenseits des Ozeans haben bereits Gelegenheit gehabt, Proben ihrer Treue abzulegen. Ihr habt den Feind niederkämpfen, Ihr habt auch im Innern die Ordnung aufrecht zu halten. Diese Tugenden werden Euch unbedeckt übergeben. Ihr habt dafür zu sorgen, daß sie in Zukunft unbedeckt bleiben. Ich habe Euch ein schönes Kleid geschenkt, macht Euch dessen würdig.

Der Kaiser hielt während dieser Ansprache in der Rechten den Feldmarschallsstab.

Auch in dieser Ansprache lehrte die Wendung wieder, daß das Heer den Kaiser gegen den äußeren und inneren Feind zu schützen habe. So hat er bei der Truppenvereidigung in Potsdam am 23. November 1891 gesagt:

Bei den jetztigen socialistischen Untrieben kann es vorkommen, daß ich Euch befehle, Eure eignen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschlagen — was ja Gott verhüten möge — aber auch dann müßt Ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.

Die heutige Ansprache klingt ja aber formell ein wenig milder. Aber die unmittelbare Zusammenstellung des chinesischen Kriegs mit der Ordnung im Innern läßt den alten Gedanken eher noch verschärft erscheinen. Wenn die Soldaten so die Ordnung im Innern aufrechterhalten sollen, wie die Makhattruppen in China, so gelangt man noch zu einer Verstärkung der Weisung von 1891.

### Deutsche Greuel.

Das Wochenblatt für den Kreis Tecklenburg, ein amtliches Kreisblatt, veröffentlicht einen neuen Gummiedel. Er stammt von dem Besoldeten Friedrich Hühemöller aus Westercappeln und ist am 10. September, datiert. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

Am nächsten Morgen ging's wieder weiter; nachmittags gegen 6 Uhr kamen wir in Kimo an, zogen gleich in den Tempel und der Mandarin mußte 4000 Taels Strafe zahlen. Als wir etwa 1000 Meter davon entfernt waren, hörten wir den Nachwächter, der zwei hohle Städte hat und damit des Nachts alle Stunden schläft, schon klappern, als wir jedoch noch näher herankamen, da fing er mit seinen Stößen an klappern. Als wir in das Dorf marschierten, kamen uns die Einwohner mit Lanzen, Säbeln und allerhand Waffen entgegen; sie begrüßten uns mit Schüssen, daß die Äugeln uns um die Ohren pfliffen. Da wir uns Infosgedessen nicht mehr sicher waren, wurde gesammelt und wir gingen an den Seiten des Dorfs entlang. Der eine Chinese, den wir bei uns hatten, bezeichnete uns ein Haus, in dem viele Waffen sein sollten. Sofort schlug Festerler Weddel die halbe Thür ein, erhielt aber von dem Chinesen, der in diesem Hause wohnte, einen Schlag ins Auge, daß er nicht mehr sehen konnte. Ich war noch einige Schritte zurück, als ein Chinese eine Walddäse los schoß, aber zu hoch, daß Feuer ging mir über den Kopf, zu meinem Glück, sonst wäre ich nicht mehr am Leben. Nun blieb es: Reht mir nach dem Wall! Vor uns liefen zehn Chinesen, auf die Schnellfeuer gegeben wurde. Jetzt wurde das Seitengewehr aufgeschlagen und unser Oberleutnant befahl, alles was vorkommt, niederzuschlagen und niederzuspucken. In dieser Nacht wurden viele Chinesen getötet, auch eine Frau und ein Kind. Am Wall blieben wir, bis es Tag wurde. Um 8 Uhr gingen wir in das Dorf und sahen da die Toten im Blute liegen. Eine Frau sah vor ihrem Mann, der gefallen war, und hatte ein kleines Kind auf dem Schoß; den Gefallenen hatte sie auf ein Brett gelegt und ihm ein Rissen unter den Kopf geschoben. Dem Mann waren zwei Äugeln durch den Kopf und eine durch die Brust geschossen worden, er war total mit Blut überschüttet. Dies sieht wohl schauerlich aus, aber man wird dies alles gewohnt. Wie lange wir noch hier bleiben, weiß ich nicht.

Und diese Thaten werden in einem Lande begangen, mit dem wir uns nicht einmal im Kriege befanden, in dem wir überhaupt gar nichts zu suchen haben. Die dreißigjährige „moralische“ Erziehung im Herrlich-geemerten Deutschen Reich trägt nun ihre Früchte. Und die bürgerlichen Parteien werden sich zum Mitschuldigen dieser Vorkommnisse machen, indem sie die Gelber bewilligen. Die Socialdemokratie wird allein stehen in ihrem Kampf, sie wird freudig und

stolz diese Thaten tragen, betruht ihrer hohen Verantwortung vor der Kultur. Die Weltgeschichte wird einst ihr Urteil fällen, wenn diese dunkleren Zeiten überdauert sein werden.

Das Organ der Schornmacher, die von Krupp ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten“, finden diese Greuel noch nicht einmal ausreichend. Sie sind der Meinung, daß das Einschreiten gegen die Vögel und ihre Begünstiger (Weiber und Kinder, Red. d. „Vorm.“) gar nicht streng genug sein kann. Alles was „militärisch notwendig“ ist, müsse erlaubt sein, eine Expedition nach China ist eben kein Sonntagsausflug in den Grunewald.

Diese Chinaschicht wird ein deutsches Jena, dessen unheilvolle Wirkungen für lange Zeit verspürt werden. Sie bedeutet das moralische Todesurteil für die ganze Gesellschaft, die dieses Abenteuer veranlaßt, verteidigt und unterstützt hat.

Von der Wirtschaftspolitik des Kaisers hatte Herr v. Miquel in Bismarcksheim gesprochen. Da von der Wirtschaftspolitik des Kaisers nur bekannt ist, daß er seiner Zeit den russischen Handelsvertrag eine rettende That genannt hat, war diese Berufung auf den Kaiser den Agrariern einigemmaßen unangenehm.

Jetzt erklärt nun die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem tiefen Seufzer der Enttäuschung, ihr Miquel habe von der Wirtschaftspolitik des Kaisers überhaupt nicht gesprochen. Wovon hat er denn gesprochen?

Prinz Arenberg ist nach den „Berl. N. N.“ zur Abhängung seiner 15jährigen Gefängnisstrafe in das Gefängnis in Hannover eingeliefert worden.

Ritualmörderisches. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir im „Freisinn“ eine kleine Charakterstudie über den „Stoiter-Anton“, den Kenner Ritualmordverbrechen, die uns von kulturhistorischem Interesse seien. Die Stizze hat die Beachtung des Königer Gerichts gefunden. Darüber ist nun die „Staatsbürger-Zeitung“ außerordentlich empört. Anstatt auf die wunderbaren Ritualmordgeschichten der „Staatsbürger-Zeitung“ beruft sich ein deutscher Staatsanwalt auf den „Vorwärts“! Der Jörn verschönt den Stil, und so liest man heute in dem Blatt des Herrn Weuß die folgenden Besichte in Prosa:

Anton Hellwig, ein edler, körperlich und geistig durchaus gesunder deutscher Landwirt, der in des Kaisers Garde mit Ehren gedient hat, in seiner Gemeinde sowohl wie in weiter Umgegend bei Hoch und Niedrig tadelloser Ruf genießt, nächsten, klar, verständlich, dessen ihm geistig ebenbürtiger Bruder ein hochangesehener Pfarrrer ist, dieser Anton Hellwig hat, gleichfalls nach Gottes Willen, von den fürstlichen Vorbereitungen dieses fürchtbaren Mords etwas von jüdischen Reuten angedeutet gehört, die das bedrängte, nach veritaunter Mittellung ringende Gewissen, vereint mit erschauerlicher Unvorsichtigkeit, schwachhaft gemacht hatte.

Also ein Mensch, der verdiente, Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ zu werden. Im „Vorwärts“ freilich lautete die Charakteristik dieses Antons nicht ein wenig anders und der Staatsanwalt hatte sich auf den „Vorwärts“ berufen. Angefichts solchen Ereignisses wird die „Staatsbürger-Zeitung“ geradezu märchenhaft schön:

Höre es, deutsches Volk! es giebt unter Dir einen Ersten Staatsanwalt, der sich auf einen völlig haltlosen Ur-Artekel eines jüdisch-socialdemokratischen Blattes stützt, um einen völlig unbescholtenen, deutschen Landwirt, der im ehrlichen Glauben an seinen Gott die Wahrheit beschwört, unglauwürdig zu machen! Höre es und laß mich schweigen!

Wir stimmen der „Staatsbürger-Zeitung“ zu: Höret es und laßt uns schweigen!

Eine kleine Marinevorlage wird angefordert, nachdem soeben erst die große Flottenvorlage angenommen ist. Außer den bewilligten 5 Milliarden verlangt man das Geld für folgende Marine-Anlagen:

In Danzig soll für 3/4 Millionen Mark der Bau eines Kriegsschiffbassins auf dem Holm ausgeführt werden, das in einer Länge von 500 Meter, einer Breite von 300 Meter und einer Tiefe von 7,5 Meter ausgegraben und durch eine 100 Meter breite Einfahrt mit der toten Weichsel verbunden werden soll. In Kiel soll ein großer Kriegsschiff-Liegehafen angelegt werden, ferner ein großer Torpedobootshafen am gegenüberliegenden Ufer, der Raum für 60 neue große Torpedoboote bieten soll. Wie in Kiel soll nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung auch der Kriegshafen in Wilhelmshaven erheblich erweitert werden. Wie in Kiel, sollen auch in Wilhelmshaven zwei große Trockendocks gebaut werden, die den größten Eisenschiffen Aufnahme zu gewähren vermögen. Die Liegeplätze sollen vergrößert, eine dritte und vierte Einfahrt geschaffen werden. Außerdem ist in Danzig, Kiel und Wilhelmshaven eine Erweiterung der Werftstätten, eine Vermehrung der Betriebsmittel, wie Schleppdampfer, Kräne, Kräne, Wasserfahrzeuge, eine Vermehrung der Ausrüstungsmaterialien für die Schiffe, wie Kohlen, Dreimöl, Schmiermaterial und schließlich eine Vermehrung der Magazine und Schiffslammern geplant.

Die neue Marinevorlage ist natürlich nur neben der großen Milliardenvorlage eine „Klein“, sie wird viele Duzende von Millionen erfordern!

Neue Militärforderungen werden von den „Jahrdächern für Armees und Marine“ angefordert, und zwar sollen zwei neue Pionierbataillone zu je drei Compagnien pro Armee-corp verlangt werden. Die Kosten dieser Mehrforderung, die mit einer notwendigen Reform des Ingenieur- und Pionier-corp motiviert wird, sollen sehr bedeutend sein.

Für die politischen Zustände in Elsaß-Lothringen, insbesondere für diejenigen auf dem Gebiete des Verammlungs-wesens, war der Verlauf einer öffentlichen Versammlung sehr charakteristisch, die die Gewerkschaften Mittlauens dieser Tage abhielten. Wie immer, war dieselbe durch einen Polizeibeamten, den Kommissar Schuber, überwacht, der seine Aufgabe als Staats-rechter besonders ernst zu nehmen gewohnt ist. Oben war einer der Versammlungsdirektoren, unser Mülhauser Reichstags-Kandidat Emmel, dazu übergegangen, an der Hand von Weispielen aus der jüngsten Vergangenheit zu zeigen, wie das Kapital den Arbeiter nicht bloß ausbeutet, sondern ihn auch in menschenwürdiger Weise behandelt und selbst seiner ureigensten bürgerlichen Rechte beraubt, und hatte zu diesem Zweck an den Erlaß erinnert, in welchem die Firma H. Böding u. Cie. (Halberger Hütte) ihren Meistern mit Entlassung droht, falls sie wagen sollten, ohne Erlaubnis ihrer Arbeitgeber zu heiraten. Emmel stellte dann fest, daß dieser großkapitalistische Polizei-Maß vom Schwager des Königs Stumm herabre, und wollte eben den Namen des letzteren nennen, als der Herr Kommissar sich erhob und den Redner aufforderte, diese Namensfeststellung unter allen Umständen zu unterlassen. Als Emmel dann, in seinem Fervor fortzufahren, als Beleg dafür, daß die Kapitalisten in guten Zeiten den Profit allein in die Tasche stecken, während sie in schlechten sofort die Löhne drücken, die Dividenden aufzählen wollte, die einige Mülhauser Fabrikanten in den letzten Jahren gezahlt haben, da verhinderte der Ueberwachende auch hier durch Unterbrechung des Redners jede weitere Feststellung; denn auch in diesem Falle dürfte, wie er erklärte, Namen nicht genannt werden. — Nachdem so die Ehre des Kapitalismus gegen die Angriffe der „Kögel“ gerettet war, galt es für den Kommissar, die elsaßische Fabrikinspektion in Elsaß zu nehmen, mit der sich die Verammlung mannebe befassen wollte. Ein Redner bemängelte die geringen sachlichen Kenntnisse des Aufsichtsbekanntes, was zur Folge habe, daß er nur allzu oft von den Fabrikleuten an der Kasse herumgeführt werde. Auch er verfiel dem polizeilichen Schweigegebot, da man in solcher Weise von einem Beamten der Regierung nicht sprechen dürfe. Als dagegen ein weiterer Redner einen Fall aus seiner persönlichen Erfahrung anführte, in dem ein Fabrikdirector anlässlich einer unvorsichtigen nachlässigen

Revision eine Anzahl Arbeiterinnen in einem Refferaum einschloß, um sie den Willen des revidierenden Beamten zu entziehen, da wollte der Herr Kommissar plötzlich Ramen wissen, was natürlich für eine Heiterkeit und ironische Juriste: „Ramen dürfen nicht genannt werden!“ zur Folge hatte. Selbstverständlich wurde dem Mann der Ramen der in Betracht kommenden Firma nach dem „privatim“ mitgeteilt. Eine gegen die derzeitigen Zustände in der oberelsaßischen Fabrikinspektion gerichtete Resolution, über welche die Verammlung abstimmen sollte, brachte den Groß des Kommissars zum Ueberlaufen: er löste die Versammlung kurzer Hand auf und machte dadurch dem grausamen Spiel ein definitives Ende.

Den einzigen Lichtblick in diese geradezu jammervollen politischen Zustände Elsaß-Lothringens gewährt die Thatfache, daß unsere reichstädtischen Parteigenossen sich mit den ewigen Blockieren trefflich abzufinden und ihnen mit echt altemännischem Humor stets auch eine lustige Seite abzugewinnen wissen.

## Ausland.

### Frankreich.

Die Stellung der Sozialisten zum Ministerium. In der Kammer ist die erste Sitzung, die fast ganz durch die Interpellation Wazeille über die allgemeine Politik des Ministeriums Waldeck-Roussau ausgefüllt wurde, sehr ruhig verlaufen. Der Ministerpräsident hatte die sofortige Beantwortung der Interpellation beantragt. Die Interpellationen sind im französischen Parlament das beliebteste Mittel, Ministerstürze herbeizuführen. In diesem Falle war dies von dem Einbringer wohl auch nicht beabsichtigt, jedenfalls dürfte das im gegebenen Moment auch nicht leicht gelingen; das Ministerium Waldeck-Roussau scheint sogar gestärkt aus den Ferien zurückgekommen zu sein.

Von den socialdemokratischen Abgeordneten nahm in der Diskussion zuerst Viviani, ein Anhänger Millerands, das Wort. Seine Ausführungen sind durch das „B. L. B.“ so unklar wiedergegeben, daß wir sie hier nach der „Frankfurter Zeitung“ wiederholen: Die Sozialisten haben das Bedürfnis, für die Zukunft freie Hand zu behalten, aber sie übernehmen die Verantwortung für Vergangenes und bebauern nichts. Als Waldeck an die Mitarbeit eines Sozialisten appellierte, hatte Millerand das Recht und die Pflicht, dem Ruf zu folgen, und seine Freunde sind stolz auf das, was er gethan. (Lebhafte Beifall links.) Die politische Situation ist heute ruhiger, der persönliche Kampf von gestern hat aufgehört, man darf hoffen, daß der moralische Kampf der Idee gegen Ideen beginnt. Die Republik fängt an, sich politisch und ökonomisch zu reorganisieren. (Lebhafte Beifall links.) Wir begrüßen das Schulgesetz der Regierung sowie das Vereinsgesetz, um den Staat im Schutz der Gewissensfreiheit gegen die Kirche zu unterstützen. Wir begrüßen das Vorgehen gegen die Orden, schon weil wir für die Umwandlung des Eigentums sind. (Lärm rechts. Die konservativen Antisemiten Massabuan und Lafosse werden zur Ordnung gerufen.) Viviani betont die Notwendigkeit, daß die Regierung auf der vorgeschlagenen Reform der Kriegsgerichte besteht, und fragt, ob sie sich den von Millerand gemachten Vorschlag obligatorischer Schiedsgerichte bei Streiks aneignen werde. Das Projekt einer Arbeiter-Altersversicherung begrüßen die Sozialisten als die Erfüllung einer lange geforderten Reform. Wir unterstützen alle Reformen und werden uns bemühen, die betreffenden Vorlagen zu verbilligen. Wir unterstützen die Regierung, so oft sie von den Reaktionen angegriffen wird, und wahren uns die volle Freiheit, die Lehren unserer Partei im Lande zu verbreiten. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

Nach längerer Rede Massabuans erklärt Gaillant namens der dissentierenden Sozialisten, daß sie auch weiterhin der Regierung das Vertrauen verweigern, die nur eine Regierung zur Verteidigung des Kapitals sei.

Der Handelsminister Millerand erklärte: Zwischen ihm und Waldeck-Roussau bestehe ein Gegensatz. Seit 1893 habe ich stets bekannt, daß die Reformen weder durch Gewalt noch durch Wunder geschehen. Als Waldeck mich ins Ministerium berief, verlangte er keinerlei Opfer meiner Meinung. Ich übernahm die Vertretung ganz bestimmter Interessen und diese habe ich immer verteidigt. Was das Schiedsgericht betrifft, erstrebe ich nur ein Gesetz, das den Arbeitern einen Mobus ermöglicht, ihren Willen zu offenbaren. Dieses Gesetz wird Ihnen vorgelegt. (Lebhafte Beifall links.)

### Afrika.

Im Herkoren von Eisenbahnen entwickeln die Boeren je länger, je mehr ein besondres Geschid. Ueber zwei neuesten abgefangene Züge wird gemeldet:

Gradod, 4. November. Ein von einer Maschine gezogener Wagentzug mit Borräten, welcher sich von Kimberley nach Boshof bewegte und der unter Bedeckung von 10 Mann vom Kimberley-Regiment fand, wurde 9 Meilen von Kimberley von 20 Boeren angegriffen. Die Boeren nahmen den Wagentzug, ohne daß ein Schuß abgegeben wurde, und sprengten die Maschine in die Luft.

London, 7. November. Die Morgenblätter melden aus Durban, die Boeren hätten einen aus Pretoria kommenden Zug am letzten Montag in der Nähe von Standerton zum Entgleisen gebracht, wobei ein Boer getötet wurde.

### Amerika.

New York, 6. November. In einem Wahlbezirk in Philadelphia kam es heute zu Aufruhr. Ein Demokrat wurde durch einen Wessertisch ernstlich verwundet. An einer anderen Stelle in demselben Bezirk wurde eine Anzahl Regter, die das Wahllokal betreten hatten und versuchten, ihre Stimmen widerrechtlich abzugeben, abgewiesen; sie gogen darauf Revolver hervor und gaben Schüsse ab. Als Wächter fungierte ein berufsmäßiger Faustkämpfer. Derselbe wurde durch einen Revolvererschuß am Kopf ernstlich verletzt. Drei Regter wurden verhaftet.

In Wilmington (Delaware) geriet eine Schaar von Regtern wegen einer Verzögerung bei der Öffnung des Wahraums in Wut und eine Anzahl Weiber drang, deren Beispiel folgend, in den Wahlraum ein, zerstückte die Wahlgelken und verlegte einen Wähler, einen Aufseher und einen Schutzmännchen. — In Casewille (Indiana) kam es gestern abend zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen beider Parteien, wobei eine Person getötet und acht verwundet wurden. Von den letzteren ist einer ein Amerikaner, die übrigen sind Destreicher und Italiener. — Bei einem wegen politischer Fragen ausgebrochenen Streit in Vid Greel (Illinois) wurde gestern abend ein Demokrat getötet.

## Meineidsprozeß Maßlos in Konig.

Einige hochinteressante Ereignisse brachte noch die Verhandlung vom Dienstagabend. Zunächst trat ein Zwischenfall ein, der auf die Gefährdung der Geschworenen wieder beachtenswerte Schlüsse zuläßt. Geschworener Oberleutnant Meyer, der sich bekanntlich des Öfteren in der Verhandlung bemerkbar gemacht hat, nahm das Wort zu der folgenden im Namen der Geschworenen abgegebenen

### Erklärung:

Verleht am Sonnabend hat die Jungin Rosina Meyer die beschworene Aussage einer anderen Jungin „Quack“ genannt. Heute ist es vorgekommen, daß ein Zeuge die beschworene Aussage eines anderen Zeugen genannt hat. Die Geschworenen fühlen sich dadurch in ihren religiösen Gefühlen gekränkt. Im Namen der Geschworenen ersucht ich daher den Herrn Präsidenten, derartige Bemerkungen künftig zu rügen. — Präsi.: Ich habe darauf zu bemerken, daß ich in beiden Fällen eine Rüge erteilt habe.

Der „Vorwärts“ im Mahlof-Prozess.

Hierauf bemerkte Erster Staatsanwalt Settegast: In einer Berliner Zeitung, dem sozialdemokratischen „Vorwärts“, ist ein Artikel erschienen, in dem behauptet wird: der Zeuge Hellwig glaube an Spukgeschichten und habe einmal erzählt, er habe den Teufel aus dem Schornstein kommen sehen. (Weiterkeit.) Der Artikel ist auch in andre Zeitungen übergegangen und mir anonymer zugesandt worden. Wenn auch der „Vorwärts“ keine maßgebende Zeitung ist, so halte ich es doch für notwendig, über den Inhalt des Artikels Beweis zu erheben. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Nachdem wir mehrere Zeugen über den Beumund des Hellwig gehört haben, halte ich eine weitere Beweisaufnahme über den Fall Hellwig für überflüssig. — Erster Staatsanwalt: Der Artikel, der einen Herrn Paul John zum Verfasser hat, stellt Behauptungen auf, die man nicht ganz unbeachtet lassen kann. Ich muß daher beantragen, darüber Beweis zu erheben. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Ich muß mein Bedauern ausdrücken, daß sich der Herr Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven geben läßt und auf Grund derselben Anträge stellt. — Erster Staatsanwalt Settegast (heftig): Die Bemerkung des Herrn Verteidigers, daß ich mir von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven geben lasse, muß ich mit voller Entschiedenheit zurückweisen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Ich will meine Behauptung gern dahin einschränken, daß der Herr Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft von dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ Direktiven empfangt. Das ist zweifellos der Fall, wenn der Herr Erste Staatsanwalt auf Grund eines Artikels dieses Blatts Beweiserhebung beantragt. Wir sitzen nun fast 14 Tage hier. Wenn wir über jeden Zeitungsartikel, der über diesen Prozess erscheint, Beweis erheben wollen, dann wäre überhaupt ein Ende des Prozesses nicht abzusehen. — Erster Staatsanwalt: Ich bin entfernt, auf Grund jedes Artikels Beweiserhebung zu beantragen. Da aber der Artikel des „Vorwärts“ in eine Reihe anderer Zeitungen übergegangen ist und doch sehr wichtige Behauptungen über den Zeugen Hellwig enthält, so halte ich im Interesse der Klarstellung der Sache eine Beweiserhebung für notwendig. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Zum mindesten dürfte es genügen, wenn wir noch einmal den Zeugen Hellwig vorladen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Damit erkläre ich mich einverstanden und beantrage wiederholt, den Pfarrer und Organisten aus Konarszyn vorzuladen. — Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, dem Antrage des Rechtsanwalts Hunrath stattzugeben und auch nochmals den Zeugen Johann Hellwig aus Görsdorf als Zeugen zu laden. Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch vormittags 9 Uhr vertagt.

In der Verhandlung vom Mittwoch wurde der Zeuge Anton Hellwig aus Görsdorf nochmals vernommen.

Anton Hellwig

Präsi.: Herr Hellwig, haben Sie einmal zu jemand gesagt: Sie hätten den Teufel aus dem Schornstein fahren sehen. Sie wüßten, wie der Teufel aussieht. Ihnen sei einmal Vieh verhext worden? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Haben Sie das niemals zu jemand gesagt? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt Settegast: Sie sollen das bei Ihrer Vernehmung in Berlin zu den John'schen Eheleuten gesagt haben? — Zeuge: Nein, ich kenne John nicht. — Präsi.: Haben Sie in Berlin mit niemand eine ähnliche Unterhaltung gehabt? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt: Und Sie kennen die John'schen Eheleute nicht? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Der

Zahntechniker Reibauer

hat sich gemeldet mit dem Bemerkten: er habe noch etwas Wichtiges mitzuteilen. Er soll eintreten. — Zahntechniker Reibauer tritt noch mit: Der Untersuchungsrichter sagte zur Frau Koz: „Wenn Sie nicht betrefis des Anrechts Appel hineinlassen, dann werden Sie betrefis Lindenstrauch doch meineidig.“ Dies Verhalten des Untersuchungsrichters macht doch einen eigenartigen Eindruck. Ich habe dann noch einen Punkt zu erwähnen. — Präsi.: Sie sind hier als Zeuge und dürfen nur Tatsachen vortragen. Urteile abzugeben steht Ihnen nicht zu. Haben Sie noch Tatsachen anzuführen? — Zeuge: Tatsachen nicht. — Rummehr wird der

Kriminalinspektor Braun-Berlin

vernommen. Derselbe belundet: Ich habe mit Mahlof mehrere Verhöre über dessen Wahrnehmungen gemacht. Mahlof hat sich vielfach widersprochen. Mahlof sagte bei einem der Verhöre auf meine Frage: „Wieviel Personen er aus dem Keller kommen sah?“, eine. Es waren aber zwei, nämlich Kriminalkommissarius Weh und Schuhmann Meyer II mit der Lampe. Der Zeuge Reibauer sagte mir von vornherein: „Nach Mahlofs Behauptungen besteht kein Zweifel darüber, daß die Mörder Juden waren. Mahlof schien aber selbst Bruhn nicht glaubhaft. Der Verleger Bruhn kam zu mir und sagte: „Ich habe jetzt zu Mahlof gesagt: „Ihre Angaben sind nicht glaubhaft. Sie haben jedenfalls dort etwas fehlen wollen. Meine Neugier konnte Sie nicht veranlassen, so lange Beobachtungen zu machen. Gehen Sie die, daß Sie einen Diebstahl aufzudecken wollten. Der Plan eines Diebstahls ist nicht strafbar.“ Darauf hat Mahlof zugestanden, Fleisch gestohlen zu haben. Ich bemerkte: „Es ist mir auch jetzt nicht glaubhaft. Wenn er fünf bis sechsmal verschieden ausfragt, dann ist er überhaupt nicht glaubhaft.“ Bruhn sagte: „Sie müssen die Sache

vom politischen Standpunkt

aus betrachten.“ Ich sagte, daß ich das nicht verstehe. Bruhn sagte: „Wenn Sie nicht einseitig sein wollen, dann müssen Sie die Sache vom politischen Standpunkt behandeln.“

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Sind Sie noch heute der Meinung, daß der Thortort in der

Nähe des Mönchsees

liege? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. Wenn der Mord an einem entfernteren Ort stattgefunden hätte, hätte sich der Mörder nicht die Nähe gemacht, die Leichenteile nach dem Mönchsee zu tragen. Dem Mörder ist augenscheinlich die jämliche Unterdung unangenehm gewesen; deshalb hat er den Arm auf den evangelischen Kirchhof und den Kopf außerhalb der Stadt getragen. Dem Mörder wird es auch unangenehm gewesen sein, daß der Verdacht auf die Juden fiel, da alsdann die Spuren abgelenkt wurden. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Haben Sie schon einmal die Untersuchung in einer Nordische geführt, wo der Verdacht gegen die Juden vorlag, einen Ritualmord begangen zu haben? — Kriminalinspektor Braun: Nein. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Kamten Sie die Literatur über das jüdische Ritualmord, als Sie nach Konig kamen? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Zielwskli: Sind Sie dadurch nicht auf den Gedanken gekommen, es könnte ein Ritualmord sein? — Kriminalinspektor Braun: Nein. Ich bin unter Juden aufgewachsen, habe selbst Juden im Orient kennen gelernt, habe aber niemals davon gehört. — Ein Geschworener: Deshalb hatten Sie auf

Lewy keinen Verdacht?

Kriminalinspektor Braun: Weil die Motive fehlten. — Verteidiger Rechtsanwalt Heber: Sie sind überhaupt nicht der Meinung, daß es ein Mord war? — Kriminalinspektor Braun: Nein. Ich halte es nur für

Totschlag.

Ich bin der Ansicht, daß nicht ein Tropfen Blut geflossen ist. — Verteidiger Rechtsanwalt Heber: Trotz des Sachverständigen-Gutachtens? — Kriminalinspektor Braun: Jawohl. — Zeuge Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“ Wilhelm Bruhn: Kriminalinspektor Braun hat mich vielfach mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, er müsse vom politischen Standpunkt ausgehen, sondern nur: daß es ein politischer Mord sei, sei dieser Punkt nicht ganz außer acht zu lassen. — Zeuge

Sachverständigen-Direktor Wische:

Mahlof ist am 18. März bei mir in Arbeit getreten. 3-4 Tage später hat Mahlof mir seine Wahrnehmungen von der Nacht vom 12 zum 13. März erzählt. Ich fragte dann meine anderen Arbeiter nach Mahlofs Charakter. Sie hatten alle nichts Nachteiliges über ihn gehört. — Präsi.: Haben Sie der Polizei davon Mitteilung gemacht? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Weshalb denn nicht. Das war doch sehr wichtig! — Zeuge: Ich glaube, Mahlof würde selbst zur Polizei gehen. — Präsident: Er ist auch am 24. März zur Polizei gegangen. Hat Ihnen aber Mahlof erzählt, daß er Fleisch stehlen wollte? — Zeuge: Nein. Ich habe ihm gesagt: er habe vielleicht etwas fehlen wollen. Er solle es nur fragen. Er werde nicht aus der Arbeit kommen. Mahlof verneinte aber. — Präsident: Mahlof, weshalb haben Sie dem Herrn Direktor nicht gesagt, daß Sie Fleisch stehlen wollten? Sie hatten doch keine Ursache, das zu verschweigen? — Angekl. Mahlof: Ich befürchtete Strafe. — Präsi.: Es ist Ihnen doch gesagt worden, daß Sie nicht bestraft und auch nicht aus der Arbeit entlassen würden? — Mahlof: Ich wollte es aber nicht sagen. — Präsi.: Bei der Polizei und dem Untersuchungsrichter haben Sie auch niemals gesagt, daß Sie Fleisch stehlen wollten? — Mahlof: Nein, aus Furcht vor Strafe. — Polizeikommissar Ariele: Mahlof hat sich bei mir am 24. März gemeldet. Wie kam die Erzählung sehr unglaubwürdig vor. — Präsi.: Mahlof, der Herr Kriminalkommissar hat auch Ihre Erzählung für sehr unglaubwürdig gehalten. Weshalb haben Sie Ihre wichtigen Wahrnehmungen nicht sofort nach der

Auffindung der Leichenteile

der Polizei angezeigt? — Mahlof: Ich hatte meine Wahrnehmungen der Frau Lewy mitgeteilt. Frau Lewy hatte mich gebeten, nichts zu sagen. Sie werde mir etwas schenken. — Präsi.: Das ist ja ganz neu. Weshalb haben Sie dem bisher nichts davon gesagt? — Mahlof: Das hatte ich vergessen. — Präsi.: Sie sind doch eingehendst vernommen worden und haben bis zu diesem Augenblick kein Wort davon gesagt? — Mahlof: Ich hatte das vergessen. — Präsi.: Hat Ihnen Frau Lewy denn etwas geschenkt? — Mahlof: Frau Lewy ist bei uns gewesen und meiner Frau gesagt: ich solle hinkommen. Ich ging hin. Sie gab mir eine Wurst, padte dieselbe ein und sagte: „Nach Ostern werde ich Ihnen die Sachen von meinem Sohne Moritz schenken. Als ich nach Hause kam, widelte ich das Wurstpaket auf und da war eine schimmelige Wurst drin. Ich ging wieder zu Lewy zurück und sagte: „Wenn Sie mir keine andre Wurst schenken wollen, dann lieber gar keine.“ Frau Lewy gab mir nun eine gute Wurst. Nach den Feiertagen holte ich mir den Mord von Lewy, belam aber keine Sachen.

Winters Taschentuch.

Untersucher Pankau bemerkt auf Verfragen noch: Mahlof sagte: „Ich habe „gebabbert“ und „Gedrüssel“ gehört.“ — Zeuge Polizeikommissar Bloß: Am 18. April hat Frau Koz mir die Geschichte von dem Anrecht mitgeteilt und gesagt, der Anrecht werde wohl wiederkommen. Am 26. April kam die Koz wieder zu mir und sagte, sie habe Lewys Wäsche gewaschen und darunter ein „E. W.“ gezeichnetes Taschentuch gefunden. Sie könne allerdings nicht lesen; aber ihre Tochter habe ihr das Taschentuch gezeigt. Ich habe ihr dann in lateinischer Schrift ein „E. W.“ aufgemalt. Sie sagte: „So war es.“ Winters Taschentuch sei aber „verschlungen“ gezeichnet gewesen. Ich habe bei Lewy sofort Nachforschungen gehalten. Zunächst hatten 4 oder 5 Taschentücher gefehlt. Frau Lewy hat aber sofort die fehlenden Tücher gebracht. Als dann stimmten die Taschentücher mit dem Wäschettel. Frau Koz sagte: Es fehlt noch das Taschentuch mit: „E. W.“ Frau Lewy brachte dann noch mehrere ganz neue ungezeichnete Taschentücher. — Angeklagte Koz: Von dem was der Kommissar hier sagt, ist nicht ein Wort wahr. (Weiterkeit.) Präsi.: Weshalb nicht? — Angeklagte Koz: Frau Lewy wollte die fehlenden Taschentücher nicht vorbringen. Sie brachte zunächst nur Taschentücher, wie sie vom Juden kommen. Ich hatte großen Streit mit Frau Lewy. Diese schmiß alsdann noch 4 oder 5 Taschentücher auf den Tisch. Ich sagte: „Aber das Taschentuch mit „E. W.“ ist nicht dabei.“ Es war auch feiner, als die andern. — Präsi.: Hat Ihnen die Koz am 26. April noch etwas von dem Anrecht erzählt? — Polizeikommissar Bloß: Nein.

Die Angeklagte Frau Koz giebt zu, daß Sie am 23. April die Wahrnehmungen Mahlofs kannte.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlung nach der Mittagspause wird auf Veranlassung der Verteidiger festgestellt, daß Rechtsanwalt Hahn aus Charlottenburg und der Zeuge Oberlehrer Gosrichter bei dem Pfarrer zu Konarszyn waren.

Polizeisergeant Wasilowitsch:

Mahlof erzählte mir, er habe bis 11 1/2 Uhr bei Berg Karten gespielt. Alsdann habe er am Lewyschen Hause „gebabbert“ gehört. Er sei deshalb neugierig geworden. Da er wenig hören konnte, sei er nach der Mauerstraße gegangen. Dort habe er lange auf der Mauer gelegen. Da habe er einen Mann mit schwarzem Anzuge und schwarzem Gürtel aus dem Keller kommen sehen und auch Lichtschimmer gesehen. Er habe dann noch eine halbe Stunde auf der Mauer gelegen und sei alsdann nach Hause gegangen, da es ihm zu lange gedauert habe. Ich fragte ihn: weshalb er nicht länger beobachtet habe, dann hätte er doch etwas gesehen, so sei das doch gar nicht. Mahlof sagte darauf: er wolle nicht länger beobachten, da er sonst einen Vierteltag verfaumt hätte, der ihm abgezogen würde. Ich sagte: „Sie hätten dann aber doch eine grobartige Belohnung bekommen.“ — Mahlof sagte: „Ich wollte den Vierteltag nicht verfaumen.“ — Präsi.: Erzählte Mahlof, daß er aus dem Thorwege Männer mit einer Last habe treten sehen? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Nun, Mahlof, was sagen Sie dazu? — Mahlof: Ich weiß mich nicht darauf zu erinnern. — Präsi.: Sie geben aber doch zu, vom Zeugen vernommen worden zu sein? — Mahlof: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vogel: Weshalb haben Sie das nicht früher angezeigt? — Zeuge: Ich hatte der Erzählung bisher keine Bedeutung beigelegt. Letztere ist mir jetzt erst klar geworden. — Erster Staatsanwalt Settegast: Wie ich soeben gehört habe, ist das

John'sche Ehepaar

aus Berlin eingetroffen. Ich beantrage die sofortige Vernehmung der Eheleute John. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben.

Es wird nun zunächst der Redakteur des „Vorwärts“ Paul John aus Berlin in den Gerichtssaal gerufen. Derselbe belundet: Aus eigener Wissenschaft weiß ich nichts. Meine Frau ist aber in Görsdorf geboren. Als die Auslagen Hellwig durch die Zeitungen bekannt wurden, hat mir meine Frau gesagt, Hellwig sei nicht glaubwürdig. Er sei abergläubisch. Er glaube ebenso wie seine ganze Familie an Hexen. Er habe einmal erzählt: Er habe den Teufel beladen, aus dem Schornstein fahren sehen. In Görsdorf sei überhaupt der Hexenglaube zu Hause. Hellwigs Vater habe seine Pferde, ehe er fortgefahren sei, mit dem Besen gesegnet. — Präsi.: Herr Zeuge, wie kommen Sie hierher? — Zeuge John: Ich habe gestern abend von Rechtsanwalt Sommerfeld eine Depesche bekommen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Wer hat Ihnen die Reisekosten bezahlt? — Redakteur John: Rechtsanwalt Sommerfeld deponierte: „Reisekosten erliegen.“ — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Kennen Sie den Rechtsanwalt Sommerfeld? — Redakteur John: Ich habe ihn soeben im Hotel Priede gesprochen. — Verteidiger Rechtsanwalt Hunrath: Wissen Sie, welches Interesse Rechtsanwalt Sommerfeld an ihrer Vernehmung hatte? — Redakteur John: Nein. — Es folgt alsdann die Vernehmung der

Frau John.

Diese bemerkt: Ich bin 1866 in Görsdorf geboren und bis 1898 in Görsdorf gewesen. Ich bin mit Hellwig, der drei Jahre

länger ist, wie ich, zusammen in die Schule gegangen und habe auch mit ihm gespielt. Hellwig, der als Knabe die Küche hütete, hat oftmals von Hexen erzählt; er habe einmal den Teufel, stark beladen, aus dem Schornstein kommen sehen. (Weiterkeit.) — Präsi.: Wie alt war Hellwig damals? — Zeugin: Etwa 11 Jahre. — Zeuge Wessier Anton Hellwig aus Görsdorf: Ich kenne die Zeugin nicht. Ich erinnere mich auch nicht, solche Erzählung gemacht zu haben. Ich glaube auch nicht, daß ich mit der Zeugin in die Schule gegangen bin. — Frau John: Ich erinnere mich aber ganz genau, mit Dir in die Schule gegangen zu sein. — Hellwig: Ich erinnere mich nicht. — Präsident: Herr John, haben Sie vielleicht jemand die Nummer des „Vorwärts“ nach hier geschickt? — Redakteur John: Nein. Zeuge

Bürgermeister Debitius (Konig):

Die Frau Koz kam eines Tags zu mir und erzählte: sie habe in der Lewyschen Wäsche ein Taschentuch des Ermordeten gefunden. Auf meine Frage: wo denn das Taschentuch sei, sagte sie: sie habe dasselbe mit der Wäsche an Lewys abliefern müssen. Ich sagte: „Das erscheint mir wenig glaubhaft. Wenn man so etwas Wichtiges hat, dann behält man das doch und reicht es der Polizei ein. Es werden doch viele Gegenstände eingereicht. Auf meine Frage: wie das Taschentuch gezeichnet gewesen sei, sagte sie: mit „P“. Ich wurde ärgerlich und sagte: „Sie scheinen mich narren zu wollen.“ — Präsi.: Frau Koz, was sagen Sie dazu? — Angeklagte Koz: Der Bürgermeister hat mich sofort grob angefahren und gesagt: „Was wollen Sie? Ich habe mit dieser Sache nichts zu thun. Gehen Sie nach dem Gericht.“ — Bürgermeister Debitius: Ich erkenne die Angeklagte nicht wieder. Es ist aber unwar, daß ich sie angefahren habe.

Der Präsident läßt darauf das Protokoll der Vernehmungen der Angeklagten vom Juni verlesen. Es werden verschiedene Widersprüche in den Aussagen der einzelnen Angeklagten und der Angeklagten unter einander festgestellt.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Wohnungsnot und die Kohlen- teuerung.

Die in letzter Zeit besonders in der Arbeiterbevölkerung so schmerz empfundene Steigerung der Preise für unsere notwendigsten Verbrauchartikel führt uns die heutige Ordnung der kapitalistischen Welt wieder einmal lebhaft vor Augen. Besonders ist es der Mangel an Kohlen, der von unseren Wohnungen eingefordert wird und die Arbeiterfamilien der Kohlenmagazine, die heute die Arbeiterfamilie schwer bedrücken, und nicht nur das, bei der eingetretenen Wohnungsnot sind auch zahlreiche arme Familien um ihr Obdach gebracht worden. Damit ist die Frage um so brennender geworden und es gilt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Mittel und Wege zu finden, um die Bevölkerung vor dem Wohnungswucher, den Syndikatsstreikern und der ziellosen Ausbeutung der Großhändler zu schützen. Diese Auswüchse des kapitalistischen Regimes ganz zu beseitigen, hegen wir keine Hoffnung, sie sind in der kapitalistischen Produktionsweise begründet; aber es heißt hier das freie Ausdehnungsgebiet einzuschränken. Dazu hat der Staat, die Gemeinde ihre Machtmittel einzusetzen. Die am meisten Bedrängten haben ein Recht sich an diese Faktoren um Schutz zu wenden, wir werden gleichzeitig dabei prüfen können, wie weit man gewillt ist, hier der Arbeiterklasse Schutz angedeihen zu lassen.

Diesem Zweck dienen die 10 Versammlungen, die heute abend von der sozialdemokratischen Partei einberufen sind, sie sollen die politischen Machthaber an ihre Pflicht erinnern und laut Protest erheben gegen die gewisslose und wucherische Ausnützung der Notlage der ärmeren Bevölkerung durch privatkapitalistische Spekulationen.

Der Anknüpfung liegen folgende Resolutionen zu Grunde:

I. Die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schafft auf dem Gebiete des Wohnungswesens Zustände, die für die breiten Volksmassen die schwersten Schädigungen in gesundheitlicher, sittlicher und materieller Hinsicht herbeiführen.

Um eine durchgreifende Besserung dieser Verhältnisse zu bewirken, bedarf es der Beseitigung des Grund und Bodens von kapitalistischen Interessen, da diese einzig auf Auswucherung des Grund und Bodens und möglichst tiefer Selbsterhaltung der Grundrenten hingedrungen.

Erst auf dem in Gemeinbesitz befindlichen, nicht dem Kapitalismus dienbaren Grund und Boden können Einrichtungen geschaffen werden, welche gesunde und zweckmäßige Wohnräume für die Allgemeinheit sichern.

Die zur Zeit in Berlin herrschenden Wohnungsverhältnisse erheischen nicht nur sofortige Vereinfachung angemessener städtischer Räume für obdachlose Familien, sondern auch die Schaffung kommunaler Einrichtungen, welche geeignet sind, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens herrschenden volksschädlichen Zustände zu bekämpfen.

Als solche Maßnahmen fordern wir:

- 1. Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinde;
2. Ausschließung des gemeindlichen Grundbesitzes durch Straßen- und Verkehrsanlagen;
3. Verwendungs von Gemeindeflächen zur Errichtung von Häusern, die allen Forderungen der Volkswohlfahrt entsprechende Wohnungen enthalten, welche der Bevölkerung — insbesondere der Arbeiterklasse — zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des angewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden;
4. Ehrlichung von städtischen Wohnungsdirektoren und Anstellung von Wohnungsinpektoren.

II. In Erwägung, daß der für die große Masse der Bevölkerung unerschwingliche Preis für eins der notwendigsten Lebensbedürfnisse, der Kohle, verursacht wird, einestheils durch die schamlose Preistreiberie seitens der Kohlenverleser mit Hilfe ihrer Syndikats, andererseits durch einen von diesen Syndikats begünstigten räuberischen Zwischenhandel, verlangt die Versammlung:

- 1. Schleunige Expropriation der im Privatbesitz befindlichen Kohlenwerke und Uebergang derselben in das Eigentum des Reichs;
2. Vermittelung der Kohlenlieferung durch die Gemeinden zum Selbstkostenpreis für den Hausbedarf;
3. Aufhebung der Rudnametarife für die Ausfuhr von Kohlen;
4. Oerabteilung der Eisenbahnkräften für Kohle.

Ueber den Verlauf der Versammlungen gehen uns folgende Berichte zu:

In der Versammlung des ersten Kreises bei Köhn, Wenthstrasse, hatte Stadtverordneter Genosse Pruns das Referat übernommen. An der Hand eines reichhaltigen Thatsachenmaterials schilderte der Redner die derzeitigen schrecklichen Wohnungsverhältnisse, er erörterte die Ursachen der unheimlichen Kohlentenerung und die Folgen dieser Zustände, unter denen namentlich die unermittelte arbeitende Bevölkerung sehr schwer zu leiden habe. Der Referent kritisierte in treffender Weise das Verhalten der Regierung,

die, statt zur Beseitigung der sozialen Uebelstände beizutragen, emsig damit beschäftigt ist, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken und die Wünsche der „notleidenden“ Agrarier und Großindustriellen zu erfüllen; ferner kritisierte er den Mangel sozialpolitischer Einsicht bei den kommunalen Behörden.

An der interessanten Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag beteiligten sich die Genossen Wexler, Lätzerow, Bruns und der nationalsozialistische Herr v. Gerlach in seiner Eigenschaft als Bodenreformler, der sich übrigens aber ebenfalls im Sinne des Referats aussprach. Die beiden Resolutionen wurden einstimmig angenommen, hingegen ein Erweiterungsantrag des Genossen Wexler, zu der die Wohnungsfrage betreffenden Resolution abgelehnt.

**Zweiter Wahlkreis.** Der riesige Saal der Vobbrauerei war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Versammlung nahm einen sehr interessanten Verlauf. Der Vortragende Richard Fischer wurde vielfach von Beifall und Ausrufungen der Zustimmung unterbrochen. Bemerkenswert war, daß sehr viele Frauen in der Versammlung erschienen waren. Fischer besprach zuerst die Wohnungsnot, unter der das Proletariat gegenwärtig in zahlreichen Städten zu leiden hat. Allen schlimmen Erscheinungen der Wohnungsnot steht die bürgerliche Gesellschaft ziemlich raitlos gegenüber und in den Gemeindeverwaltungen und bei der Regierung ist nicht einmal der erste Wille vorhanden, wenigstens das zur Linderung der Wohnungsnot zu tun, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft möglich wäre. In scharfen Ausführungen geißelte der Redner sodann den Kohlenwucher; die Kohlenhandlaren haben sich zu einem regelrechten Auswüchserzug verbunden, und die Regierung thut ebenfalls nichts, um dem entgegenzutreten. Nach dem mit allgemeiner Zustimmung und lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden die Resolutionen einstimmig angenommen.

**Im dritten Kreis** sprach in der Ressource Stadt. Hing. Der Redner geht von der Vermehrung der Zahl der Obdachlosen im städtischen Asyl aus. Redner zeigt, wie Gesundheit und Sittlichkeit unter der Wohnungsnot leiden und beweist, daß die Ursachen dieser Kalamität im Wohnungswucher zu suchen sind. Eine radikale Abhilfe ist nur zu erzielen, wenn die Stadt selbst dazu übergeht, Familienhäuser zu bauen. Vor allem ist aber zu fordern: die Errichtung einer Wohnungsinspektion und umentgeltliche Wohnungsnachweise. Um gründliche Reformen durchzuführen, muß die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretung verlangt werden. In seinen Ausführungen über die Kohlennot bringt Referent den Beweis, daß nicht die nur um 3 Prozent gestiegenen Löhne der Arbeiter es sind, die die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise hervorgerufen haben, sondern daß diese verursacht ist durch die rücksichtslosen Preistreibereien der Syndikate. — Nach kurzer Diskussion wurden die beiden Resolutionen einstimmig angenommen.

**In der Versammlung des vierten Wahlkreises (Südost)** in der „Urania“ referierte Hubert vor etwa 1000 Männern und Frauen. Vielfach von Beifall unterbrochen, geißelte der Redner in treffenden Worten den jetzt wie in der Gründerperiode in den siebziger Jahren verübten Wohnungswucher, durch welchen allein die Wohnungsnot künstlich erzeugt und die Arbeiterschaft am meisten geschädigt werde, wie aus der amtlichen wie privaten Statistik hervorgehe. In ähnlicher Weise werde durch den Kohlenwucher die Kohlennot geschaffen, um das Volk zu schröpfen, wogegen die gesamte Arbeiterschaft energisch protestieren müsse. Redner empfahl am Schluß seiner, mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Ausführungen die beiden Resolutionen, deren Annahme einstimmig erfolgte.

**Die Parteigenossen des Ostens** waren in Kellers großem Saal versammelt; der Saal war dicht besetzt und auch auf der Galerie waren dicke Menschenmassen versammelt. Das Referat hatte Heyman übernommen. Der Redner schilderte im einzelnen die Ursachen der Kohlentenerung und der Wohnungsnot und die Mittel, welche geeignet sein können, auch teilweise schon in der heutigen Gesellschaftsordnung diese Missetände zu beseitigen. Er kritisierte insbesondere den Zustand, daß durch die Tarifpolitik die deutsche Kohle im Auslande billiger ist als im Inlande und die Maßnahmen des Berliner Magistrats auf dem Gebiet der Wohnungsfrage. In der Diskussion wurde an einzelnen Beispielen die Wohnungsnot illustriert. Nach dem Schlußwort des Referenten wurden die beiden vorgelegten Resolutionen einstimmig angenommen.

**Im fünften Wahlkreise** referierte Ad. Hoffmann im „Schweizergarten“ vor 600 Personen. Der Referent legte unter eingehender Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse dar, daß die akute Wohnungsnot nur mit der Wohnungsfrage selber zu beseitigen sei und daß letztere endgültig erst mit der privatkapitalistischen Spekulation aufhören werde zu existieren. Entrüstungsrufe erklangen, als Redner aus dem Briefe einer armen Mäherin mitteilte, daß diese in einer mihäufig für 15 M. erhaltenen Stube, in der sie mit Mäusen zusammen hausen mußte, nicht einmal ihre Nähmaschine habe benutzen dürfen. Nachdem Redner die Kohlenfrage unter großem Beifall treffend gewürdigt hatte, nahm Robert Schmidt das Wort, um einige Bemerkungen der allgemeinen Resolutionen zu beifügen. Seinem Antrage gemäß wurden die Resolutionen einstimmig mit folgenden Änderungen angenommen. In der Wohnungsresolution wurde dem Passus unter Nr. 1 hinzugefügt: „und Bau von Wohnhäusern auf Kosten der Gemeinde und Verwaltung durch dieselbe“. In der anderen Resolution wurde der Passus, die Expropriation usw. betreffend, gestrichen und statt dessen gesetzt: „Gesetzliche Festlegung eines Maximalpreises für Kohlen und eines Minimallohns der Bergarbeiter.“ — Auf Antrag von dritter Seite wurde noch die Besteuerung des Baugrunds nach dem jeweiligen Spekulationswert gefordert.

**Schöner Kreis.** Der Saal von Peters Gesellschaftshaus in Moabit war beim Beginn der Versammlung bereits bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach dem ausführlichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Glode wurden die von ihm vorgeschlagenen Resolutionen widerspruchlos angenommen. Dann kam es zu einer längeren Debatte zwischen dem Nationalsozialisten Tischendorfer, der in der Wohnungsfrage den bodenreformistischen Standpunkt vertrat und dem Referenten, der ihn unter dem Beifall der Versammlung, die bis 1/12 Uhr währte, widerlegte.

**Im Kösliner Hof** war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, namentlich die Frauen waren in starker Anzahl erschienen. Reichstags-Abgeordneter Genosse Arthur Stadthagen hatte das Referat übernommen. In 1/4stündiger interessanter Rede geißelte er den Grundstückswucher und das verwerfliche volkschädigende Treiben der Kohlenbarone, welche sich auf Kosten des arbeitenden Volks in geradezu unerschämter Weise die Löhne fällen. Es sei jetzt an der Zeit, daß die arbeitende Bevölkerung entschiedenen Protest gegen dieses Treiben erhebt. Stimmlicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprach ein Redner im Sinne des Referenten. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen, desgleichen zwei Zusatzanträge Stadthagens. Hierauf schloß der Vorsitzende Genosse Eugen Ernst mit einem dreimaligen Hoch auf die völkerverfreiende Socialdemokratie die stark besuchte Versammlung.

Der große Wallischmiedersche Saal in der Badstraße, in dem Genosse Reichstags-Abgeordneter Wurm referierte, war von mehr denn 2000 Personen besetzt. Der Referent schilderte ausführlich an der Hand statistischen Materials, daß die Steigerung der Preise an Grund und Boden und die hierauf folgende Wohnungsnot eine Frucht der heutigen großkapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Jedoch werden Staat und Kommune unter den heutigen Verhältnissen — die den Arbeiter abwärts stellen — die Uebel nicht beseitigen, so lange nicht wahre Volksparlamente gute Gesetze schaffen. Dem Berliner Magistrat ließ Redner für seine lächerlichen Vorschläge eine derbe Lektion zusammen. Zum Schluß Kohlennot beleuchtete Redner das wucherische

Treiben der Kohlenhandlaren unter großem Beifall. Die beiden Resolutionen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

**Nierkes Salon, Schönhauser Allee,** war bis auf den letzten Platz besetzt. Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten. Der Referent Stadtvordneter Genosse Koblenzer beleuchtete in seinem einständigen Referat in erster Linie die Wohnungsfrage nach allen Richtungen hin, besprach die Mittel zur Abhilfe der derzeitigen Wohnungsnot unter Betonung des prinzipiellen Standpunkts der Socialdemokratie. Er unterzog das Verhalten des Berliner Magistrats, der mit seiner „Stiftung“ von einer ganzen Willkür dem Wohnungselend zu Leibe rüden wolle, einer verdienten Kritik. Sodann entwickelte Redner die wahren Gründe der jetzigen Kohlentenerung. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag erfolgte die einstimmige Annahme beider Resolutionen.

## Sociales.

**Fahrpreisermäßigung für erkrankte Mitglieder der Krankenkassen und der Invaliden-Versicherung.** Mit Wirkung vom 1. Januar 1901 an ist erkrankten Mitgliedern von Krankenkassen, ebenso kranken Versicherten der Invaliden-Versicherung, die auf Anordnung dieser Kassen bezug der Versicherungsanstalt Württemberg in Heilanstalten, Bäder und Luftkurorte (Erholungsstationen) aufgenommen werden, bei der Reise an solche Orte, sowie zur Rückreise in die Heimat die Benutzung der dritten Wagenklasse aller Züge zum Militärfahrpreis (1,5 Pf. für das Kilometer) gestattet. Als Ausweis für die Erlangung des ermäßigten Fahrpreises dient die nach dem vorgeschriebenen Muster ausgefertigte Bestätigung der Vorstandschafft der Krankenkasse oder Versicherungsanstalt über die Zugehörigkeit zur Kasse bezug. Invalidenversicherung und a) bei der Hinreise über die erfolgte Gewährung der Aufnahme in die Heilanstalt (Bad, Luftkurort), b) bei der Rückreise über den Aufenthalt in der Anstalt etc. und deren Benutzung zum Kurzgebrauch. Die Formulare zu den Ausweisen sind gegen Kostenerfolg von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu beziehen. Auf Begleiter der Kranken erstreckt sich die Ermäßigung nicht. Freigezählt wird nicht gewährt. Die Fahrpreisermäßigung wird auch in Fällen der ambulanten Behandlung durch einen auswärtigen Arzt gewährt. Hierbei ist bei der Hinreise in dem Ausweis der Zweck der Reise genau anzugeben; für die Rückreise ist in dem zur Hinreise benutzten Ausweis von dem behandelnden Arzt das Eintreffen des Patienten bei ihm zu bescheinigen. Bei öfterem sich wiederholenden Besuchen genügt ein Ausweis für sämtliche Reisen; in diesem Falle hat der Arzt den jeweiligen Besuch und beim letzten Besuch die Beendigung des Heilverfahrens auf dem Ausweis zu bescheinigen.

Diese anerkenntswürdige Einrichtung geht nicht etwa von der preussischen, sondern von der württembergischen Staatsbahnverwaltung aus. In Preußen ist das ausdrücklich abgelehnt worden, ja man hat sogar die früher gestattete Bewährung von Arbeiterfahrkarten nach Erholungsheimen in der Umgegend von Berlin wieder aufgehoben.

**In einer Freisprechung aus merkwürdigen Gründen** kam das Landgericht Plauen am vergangenen Sonnabend gegenüber dem Kaufmann Scheibner, der angeklagt war, an verschiedenen Tagen etwa 20 Arbeiterinnen bis abends 9 Uhr beschäftigt und somit gegen § 137, I der Gewerbeordnung verstoßen zu haben. Scheibner führte zu seiner Entschuldigung an, daß er zu dieser Beschäftigung auf Grund seiner Arbeitsordnung, die der Statrat zu Plauen geprüft und genehmigt habe, berechtigt sei. In der Arbeitsordnung stand ferner auch die Bestimmung, daß für die in Frage kommenden Arbeiterinnen die Arbeitszeit im Winter von morgens 8 Uhr bis abends 9/10 Uhr festgesetzt sei. Der Statrat zu Plauen bestätigte auch durch ein Schreiben, daß er diese Arbeitsordnung infolge eines Verdicts seiner Zeit bestätigt habe. Sowohl das Schöffengericht als auch auf eingeleitete Berufung seitens des Staatsanwalts das Landgericht kam zu dem Freispruch, weil ein persönliches Verschulden des Angeklagten im gegenwärtigen Falle nicht vorliege. Als Staatsangehöriger habe er die von einer vorgelegten Behörde genehmigten Bestimmungen anzuerkennen und sich danach zu richten.

## Versammlungen.

**In einer Versammlung der Gold- und Silberarbeiter** sprach am 30. Oktober Dr. Victor Fränkl über das Thema: „Etwas aus der Reichsreform“. Sodann gab Redner den Bericht der Agitationskommission. Redner bemerkte, daß das Jahr 1900 mit zu den ereignisreichsten in der Branche zähle. Vor allem sei es gelungen, den neunständigen Arbeitstag zu erringen. Ferner haben in dem verfloffenen Jahre 12 Versammlungen, 10 Werkstätten-Vertrauensmännerversammlungen, 25 Werkstättenversammlungen und 12 Sitzungen der Agitationskommission stattgefunden. In den letzten sechs Wochen sind über 100 Mitglieder dem Verband beigetreten. Die hierauf vollzogene Renewal der Agitationskommission ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Zu Verschiedenem wurde auf die durch hiesige bürgerliche Blätter gegangene Notiz, die Löhne der in der Gold- und Silberwaren-Branche beschäftigten Arbeiter betreffend, hingewiesen und bemerkt, daß der betreffende Bericht, was die Löhne anbelangt, sehr aufgebauscht war. Ueberhaupt so ziemlich nichts enthalten war, was den Thatsachen entspricht.

## China.

**Die deutschen Kulturträger in China.** Wenn man die Kriegsbereitschaft verfolgt, namentlich die von den Specialberichterstattungen gegebenen Darstellungen über die Kriegszüge der europäischen Truppen, da fragt man sich verunndert, was denn all dies Norden, Sengen und Brennen eigentlich für einen Zweck haben soll. Bald wird von Peking oder Tientsin nach dieser, bald nach jener Seite ein Ausfall nach dem Innern des Lands gemacht, um auf Voger zu jagen. Bald sind es deutsche, bald englische Offiziere, die sich an die Spitze eines Trupps Soldaten stellen und fort geht es, um der Abenteuerlust und der Ruhmesucht, wohl auch dem Raubdurst zu genügen.

Was bei dieser Art der Kriegsführung — ohne Kriegserklärung allerdings — eigentlich erreicht werden soll, bleibt, wie gesagt, unersichtlich. Als der Feldzug unternommen wurde, war, wenn man von dem überhörschwänglichen Raubgesetze, das die Khabipresse ausstimmte, absieht, das Ziel die Befreiung der Gesandten. Dies Ziel wurde erreicht, längst bevor der Graf Waldersee und die Masse der deutschen Truppen in China anlangen. Selbst wenn die Mächte das Recht hätten, die Befreiung der „Schuldigen“ zu verlangen, so ist doch Prinz Tuan, der der Hauptschuldige sein soll, ins Innere des Lands geflohen, er ist, wie berichtet wird, als buddhistischer Priester verkleidet, auf der Flucht; für die Europäer jedenfalls unerreichbar. Auch die übrigen „Schuldigen“ dürften wohl nur mit Hilfe der chinesischen Behörden selbst festzunehmen sein. Jedenfalls ist mit dem planlosen herumwälfen, dem Niederhauen von Chinesen nichts erreicht. Im Gegenteil, die Wut der Chinesen gegen die Fremden wird immer größer, die Voger-massen werden verhärtet durch die von den modernen Hunnen von Haus und Hof Verjagten. Anstatt der Soldaten, sollten die Diplomaten in Aktion treten, vor allem sollte — selbst vom Standpunkt der Mächte aus, die das Recht zu haben meinen, das Land militärisch besetzt zu halten dürfen —

## der Waffenstillstand

eintreten, der den Heeresführern einfach von ihren Regierungen geboten zu werden braucht; Unterhandlungen mit den Chinesen sind da nicht nötig, da ja „offiziell“ Krieg gar nicht besteht. Die europaischen Gesandten sind zwar in Peking versammelt, aber ihre Arbeiten gehen trotz der Vermählungen Pi-Hung-Tschangs nicht vorwärts. Bis jetzt ist man noch nicht über die

## „vorläufigen“ Verhandlungen

hinausgekommen. Bei der letzten Zusammenkunft der Gesandten wurde ein Vorschlag des englischen Gesandten beraten, welcher

dahin geht, daß der vorläufige Friedensvertrag eine Klausel enthalten solle, der zufolge China sich ausdrücklich verpflichten müsse, die Handelsverträge umzuformen. Dies hat den Zweck, China zu zwingen, viele unzulänglichkeiten zu beseitigen, welche den Handel jetzt behindern. Obwohl China bereits seine Bereitwilligkeit zu dieser Reform ausgesprochen hat, so stieß dieser Vorschlag doch heute auf Widerspruch, und es ist zweifelhaft, ob derselbe dem vorläufigen Friedensvertrag eingefügt werden wird, obwohl jede handelsbetreibende Nation später neue Handelsverträge durchsetzen will. Wer mag an den Verzögerungen die Schuld tragen?

## „Nur nicht so weislich.“

Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Deutschen auch in China sich als die „kriegerischste“ Nation zu zeigen befreit sind. Von ihnen werden die meisten Kriegsthaten bekannt. Bei den wichtigeren Aktionen des Feldzugs, der Eroberung der Loh-Forts, der Erstürmung Peking, waren die Deutschen nur wenig vertreten. Wollen sie jetzt nachträglich ihre Vorbeeren ernten und den anderen Nationen unter allen Umständen zeigen, daß aus dem „weislichen“ „Volk der Denker“ ein „Hunnen-Volk“ geworden ist? Jedenfalls kann man nicht bloß in der deutschen bürgerlichen Presse jetzt alle Tage Hunnenbriefe lesen, auch das Ausland fängt an, sich damit zu beschäftigen.

Schon gestern brachten wir im Auszug eine Korrespondenz des Bureau Laffan aus Peking. Der „Frankfurter Zeitung“ geht über diese Korrespondenz aus London eine noch viel drastischere Besart zu. Danach werden die deutschen Verichte über Unruhen in vielen Gegenden als zweifellos sehr übertrieben gekennzeichnet. Die deutschen Offiziere klagen beständig darüber, daß bei Yangtun und Lingchow auf ihre Fluchboote gefeuert wird, und ihre Boote antworten immer damit, daß sie einige Chinesen erschießen. Seit dem Vorrücken der Verbündeten zum Entlage Peking sind 500 Chinesen am Fluße erschossen worden. Die Beschlagnahme, daß sie auf die deutschen Boote geschossen hätten, war oft ungerichtet. Die Erschossenen waren meist Knaben, die auf den Feldern arbeiteten. In einer Beschlagnahme gegen das unterschiedslos Schießen der Deutschen dem Fluße entlang und unter Aufsicht besonderer Fälle von Tötung unschuldiger Chinesen werden die verbündeten Generale gebeten werden, den Grafen Waldersee zu ersuchen, das Schießen einstellen zu lassen. Während die Deutschen berichten, daß auf ihre Boote geschossen wird, ist seit dem Vorrücken nicht ein einziger Angriff auf englische, amerikanische oder japanische Boote unternommen worden. Die Bevölkerung ist freundlich und arbeitet, wenn es ihr gestattet wird. In der Umgegend des Hauptquartiers des Grafen Waldersee wird jede Nacht geschossen. Die Chinesen misshandeln häufig den Befehl stillzustehen, und es wird dann auf sie geschossen.

## Letzte Meldungen.

**London, 7. November.** Nach Meldungen aus Shanghai soll es dem chinesischen Kaiser mit Hilfe von Freunden gelungen sein, seiner Verhaftung zu entkommen. Derselbe befindet sich auf dem Wege nach Peking.

**Berlin, 7. November.** (B. Z. V.) Ueber das Gescheh bei Tsurungwan giebt eine Meldung des General-Feldmarschalls Graf Waldersee nachfolgende Einzelheiten: Der Feind war etwa 2000 Mann stark, an Toten wurden bei ihm 8 Offiziere 78 Mann aufgefunden. Diebstahliger Verlust: Major v. Förster leicht verwundet, 4 Mann tot, 2 schwer, 3 leicht verwundet. Bei der Verfolgung noch ein Sammelfeuergefecht erbeutet.

**Rom, 7. November.** Der „Agenzia Stefani“ wird aus Peking gemeldet: Eine gemischte, aus Deutschen und Italienern bestehende Kolonne unter dem Befehl des Obersten Garioni, ist von Paoingsu hierher zurückgekehrt. Die Kolonne, die nur aus 350 Mann bestand, griff mit großer Kühnheit die befestigte Stadt Kuanhsien an, welche von 1500 mit Gewehren bewaffneten Chinesen und Artillerie verteidigt wurde. Nach einem heftigen Kampf besetzte die gemischte Kolonne die Stadt, entwarfente die chinesischen Soldaten und erbeutete acht Kanonen. Von der Kolonne wurde nur ein Mann schwer verwundet, einige andre wurden leicht verwundet.

## Letzte Nachrichten und Deyeschen.

**Hamburg, 7. November.** (Privat-Depeche des „Vorwärts“.) Pestverdächtiger Krankheitsfall ist an Bord des von Glasgow hier eingetroffenen Dampfers „Gann“ vorgekommen. Ein erkrankter Matrose wurde auf Anordnung der Medicinalbehörde in die Isolierbarade des Eppendorfer Krankenhauses untergebracht. Ueber das Schiff wurde Quarantäne verhängt.

## Antisemitischer Wahn.

**Wien, 7. November.** (B. Z.) Zwei Bezirksräte brachten beim Gemeinderat den Antrag ein, die Heinegasse in Bogeljanggasse umzutauften, weil der Name Heine den Gefühlen des größten Teils der Bewohner des Stadtbezirks Margareten widerspreche.

## Grubenunglück.

**Brüssel, 7. November.** In einem Schacht bei Seraing ist Feuer ausgebrochen. Bis heute mittag 1 Uhr waren 320 von 500 Arbeitern gerettet. Weitere Nachrichten sollen noch.

## Der Skandal in Neapel.

**Rom, 7. November.** (B. Z. V.) Wie die Zeitungen melden, soll der Ministerrat heute beschlossen haben, den Gemeinderat von Neapel aufzulösen, einen königlichen Kommissar zu ernennen und gleichzeitig eine Untersuchungs-Kommission in Sachen der Municipalverwaltung von Neapel einzusetzen.

**Neapel, 7. November.** (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderats gaben der Bürgermeister und seine Beigeordneten ihre Entlassung, ebenso mehrere Gemeinderäte. Der Gemeinderat nahm dann einen Antrag an, in welchem die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt wird und wählte mit 35 Stimmen von 68 anwesenden Mitgliedern einen neuen Bürgermeister und neue Beigeordnete, aber die aus der Minorität erwählten Gemeinderäte erklärten sofort, daß sie das Mandat nicht annehmen.

## Veränderungen im englischen Kabinett.

**London, 7. November.** (B. Z. V.) Folgende weitere Veränderungen im Kabinett werden heute amtlich bekannt gegeben: Long, Präsident der Lokalverwaltung, Gerald Valfour, Präsident des Handelsamts, Wyndham, Lordkanzler von Irland, Viscount Cranborne, Untersekretär im Auswärtigen Amt, Kusten Chamberlain, Finanzsekretär im Schatzamt, Lord Stanley, Finanzsekretär im Kriegsamt, Arnold Forster, Parlamentssekretär in der Admiralität.

**Bremen, 7. November.** „Bismarcks telegraphisches Bureau“ meldet: Zu dem hier vorgekommenen Vessall wird uns mitgeteilt, daß sämtliche in Hamburg und hier abgemusterte Seeleute des Dampfers „Marienburg“, zu dessen Verladung der an der Pest gestorbene Matrose Kunze gehörte, ermittelt sind und hier unter fortgesetzter ärztlicher Beobachtung stehen bis auf zwei, die in Hamburg abgemustert wurden und sich nach ihrer Heimath begeben haben. Die Heimatsbehörden der letzteren sind entsprechend benachrichtigt. Die unter Beobachtung Gestellten befinden sich bis jetzt wohl.

**Budapest, 7. Novbr.** (B. Z.) Das Abgeordnetenhaus trat den Bestrebungen des Kultusministers schärfstens entgegen, den deutschen Sprachunterricht aus den Schulen auszumergen. Der deutsche Sprachunterricht dürfe nicht vernachlässigt werden, da selbst Frankreich denselben pflege.





Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 8. November.  
**Opernhaus.** Abu Hassan. Der Barbier von Bagdad. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der wilde Reutinger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Fiedermänn. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Die Nacht der Himmels. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Befäng.** Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Der Rebell. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichsh.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichsh.** Die Butterfete. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Weiten.** Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Faust. (2. Teil.) Anfang 8 Uhr.  
**Secessionstheater.** Der Thor und der Tod. Hohenjoh. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Der Diebstahl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Süßen.** König Krause. Anf. 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Wegen Vorbereitung zu „Haustrecht und Landfriedensbruch“ geschlossen.  
**Belle-Alliance.** Die Zwilberwurgen. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Die verteilte Welt. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Kränlein Voreles. Anf. 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panopticum.** Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.  
**Hrania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.  
**Im Hörsaal:** „Schwefel u. Phosphor.“ Von Dr. Nass.  
**Juwelidenstr. 57/62.** Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Faust.** Von Goethe.  
 Der Tragödie II. Teil.  
 (2. Abend. Fausts Tod u. Erlösung).  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Zum erstenmale:  
**Die Welt in der man sich langweilt.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Faust.** II. Teil.  
 (1. Abend. Das Reich der Ritter.)

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.  
 Das Theater bleibt heute wegen Vorbereitung zur Novität „Haustrecht u. Landfriedensbruch“ geschlossen.  
 Morgen zum 1. Mal:  
**Haustrecht u. Landfriedensbruch.**  
 Scharromant. Schauspiel in 3 Akten von G. Ritterfeldt.

### Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.  
 Heute und folgende Tage:  
**Der Liebes Schlüssel.**  
 Große Ausstattung mit Gesang und Tanz.  
 Hauptdarsteller: Thomas, Thiescher, Heimberg, Junfermann, Paulmüller und Selig und die Damen Wilton, Schäfer, Banovius, Junfer-Schag u. Wehling.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

### Central-Theater

Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Geisha.**  
 Operette in 3 Akten von G. Jones.  
 Franz Suppé.  
 Freitag und Sonnabend:  
**Die Geisha.**  
 Sonntag, abends:  
**Der Vogelwandler.**  
 Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:  
**Die Geisha.**

### Passage-Theater

**D-Vorstellung**  
 ununterbrochen von 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts.  
 Jenseits d. krummen Lanke. 3. Seebataillon 2. Compagnie  
**12 Debüts** erator Spezialität.  
**Passage-Panopticum**  
 geöffnet von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts.  
**China in Berlin**  
 Chinesischer Markt mit chinesischem Theater. Die Katze und der Engel.  
 Eintrittspreis f. Theater (soweit der Raum reicht) einschliessl. Panopticum **50 Pf.**

### CRANIA

Taubenstr. 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
**Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.**  
 Im Hörsaal:  
 „Schwefel und Phosphor.“  
 Von Dr. Nass.  
**Invalidenstr. 57/62.**  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS PANOPTICUM**  
 Friedrichstr. 165.  
**Neu! Dahomey-Dorf.** Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzitien, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseele“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

### Palast-Theater

früher Foen-Palast, Burgstr. 22.  
**Gr. Konkurrenz-Programm!**  
**Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!**  
**Die Regimentsnummer**  
 Feste mit Gesang von R. Reichardt. Schlabach, Schlächtermistr.:  
 Director **Richard Winkler.**  
**Lena Cass,**  
 die jüngste deutsche Soubrette.  
**Gisela,**  
 preisgekröntes Ges.- u. Tanz-Quartett.  
**Two Bretons,**  
 Medaillierter erster Rang.  
**Clown Levator**  
 mit seiner Dressur-Gruppe.  
 Außerdem:  
**10 erstklassige Schauspieler.**  
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Saunt. 6 Uhr.  
 Entree: 50 Pf.

### Apollo-Theater

**Fräulein Loreley**  
 Sign. Chavita Madge Ellis  
**Cäcille Carola**  
 u. 8 hervorragende Spezialitäten.  
 Anfang 8 Uhr.

### Cirkus Busch

Donnerstag, den 8. November cr., abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend**  
 anlässlich der

### 50. Aufführung

### Berliner Landpartien

Uff über Uff. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.  
 Besonders hervorzuheben:  
**Die Bootkatastrophe**  
 auf dem Wüggelsee.  
**Mademoiselle Andalusia**  
 als weiblicher Jockey.  
 Prof. Hermanns  
 sensationelle Demonstrationen  
 Fesselung und rätselhafte  
 Entschlüsselung eines Strahlings.  
 Die Flucht aus dem verschlossenen  
 Reisekoffer mitten in der Manege.  
 Europäische Kavallerien  
 auf 16 Schützen.  
 Director Busch  
 m. seinen großartig. Preisgeldressuren.  
 Vorführung stiner Silber  
 durch das amerikanische  
 „Bioscope“.

### Am

15. November, abds. 8 Uhr  
 beginnen  
 3 neue Abendkurse für Electrotechnik, Maschinenbau u. Praktikum.  
 Anmelde. jederzeit im Bureau der „Elektra“, Prinsenstr. 55.

### Metropol-Theater.

Zum 121. Male:  
**Verkehrte Welt!**  
 Ausstattungsoperette in 5 Akten mit der originellen, prachtvollen **Frauenparade.**  
 Vorher:  
**Das brillante vollständig neue November-Specialitäten-Programm.**  
**Bonhair-Truppe**  
**Alice Berley**  
**Brüder Pantzer**  
 etc. etc.  
 Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. Rauschen überall gestattet.

### Cirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 8. November, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Vorstellung.**  
**Ganz Berlin**  
 spricht von dem sensationellen November-Programm u. a. Aufzügen des  
**Baron Löwen** Baron  
 Director **Alb. Schumanns**  
 anerkannt unerreicht bestehende **Originaldressuren.**  
 Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:  
**CHINA.**  
 Sensationelles Range- und Wasser-Schauspiel.  
 Mitwirkende ca. **600** Personen.  
 Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstellungen, nachmittags 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
**Täglich**  
 4 ausländische 4  
 Kapellen 4  
 Gr. Theater-Vorstellung.

### Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.  
 Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!)  
 Exzellenz kommt!  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorher: Konzert.

### Prima haric

**Schlackwurst** a Pfd. **110** Pf.  
**Speck,** mager, hiesige Schlachtung **65** Pf. bei 5 Pfd. a Pfd.  
**Speck,** fett, bei 5 Pfd. a Pfd. **60** Pf.  
**Landhinken,** echt oder in, ganz u. halb. **90** Pf. a Pfd.  
**J. Striepling,** Köchler, 2. Geschäft: Juvalidenstr. 147.

Stets frisch ausgeflachtet:  
**Hirschfleisch** 25, 40 Pf. Blatt 50.  
**Hasen - Kaninchen** 80 Pf.  
**Oderbr. Gänse** 55 auch aus- geschlachtet.  
 Gänseküken, Hühner, Enten, Tauben.  
 A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
 Heute, Donnerstag, den 8. November:  
**Der Bettelstudent von Berlin**  
 Feste mit Gesang und Tanz in 3 Akten von G. Braun u. G. Busse. Musik von Franke.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 Freitag:  
**Der Hüttenbesitzer.**

### Sanssouci

Kottbuserstrasse.  
 Donnerstag,  
 Sonntag u. Montag:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger.**  
 Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Wochentags Tanz frei.  
 Dienstag, den 13.:  
**Extra-Vorstellung**  
 zum Besten einer  
**Weihnachtsbescherung**  
 armer Kinder. Die ganze Einnahme, ohne Abzug, verbleibt dem guten Zweck.

### Feinsten Zuckerrübenjaft, Mohrrübenjaft

liefert das Engros-Geschäft von K. Töpfer, Blumenstraße 35 b  
**frei ins Haus.** a Pfd. 22 Pf., 3 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 1 M.

### Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneide-Atelier bei  
**A. Karle, Waldemarstr. 66.**

### Gelegenheitskauf.

Vorjährige Winterpaletots in schwarz und blau Edmimo, gute Qualität, II reich, eleganter Sitz. **58992** für Herren . . . M. 15, -  
 Jünglings-Paletots „ **10,50**  
**J. Reisser, Friedrichstr. 244.**

### Möbelstoffe!!

auch Reize! alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf:  
**Mocquet-Büschje** 5,35 M. per Reiter (130 cm breit). **96** Muster d. näherer Angabe franco.  
**Berlin S.,**  
**Emil Lefèvre, Drauentstr. 159.**

### Jede Dame lese!

Reisemuster, anschl. Wäsche. Jackets, schwarz u. farbig, v. M. 5,00 Jackets a. Sde, eleg. verarb., v. M. 10,50 **Wolf-Kragen,** far. u. einl., v. M. 5,00 **Frauencapelets,** 90-100cm l., v. M. 12,00 **Abendmäntel,** sch. u. farb., v. M. 6,50  
**Damen-Mäntel-Fabrik** on gros Seydelstr. 2, 1 Tr. am Spittelmarkt. Abends bis 9 Uhr. Sonntags 8-10 und 12-2 geöffnet. **6892**

### Herren brauchen keine Anzüge mehr

für 100, 80, 70, 60 Mark, ich liefere hochlegante Anzüge oder Paletots nach Maß und Garantie für taubelosen Sitz für **20, 30, 40 Mark.** Reifkleider von 3 Mark an. Großes Stofflager. Eigene Zuschneiderei.  
**A. Priester,**  
 Gr. Frankfurterstraße 40.

### Freie Volksbühne.

**Winterfest**  
 zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Freien Volksbühne am **Sonnabend, den 17. November,** abends 8 Uhr.  
**Brauerei Friedrichshain:**  
**Lyriker-Abend. Solisten-Konzert.**  
 Unter Mitwirkung der Damen:  
 Fri. Louise Dumont (Deutsches Theater) . . . Recitation.  
 Magda von Dulong . . . . . Gesang.  
 Lina Abarbanell (Kgl. Opernhaus) . . . . . Gesang.  
 Martha Baginsky . . . . . Violine.  
 und der Herren:  
 Woldemar Sacks . . . . . Klavier.  
 Paul Kurz . . . . . Orgel.  
 Henry von Dulong . . . . . Gesang.  
 Paul Paull (Deutsches Theater) . . . . . Recitation.  
 Nach dem Konzert: **Festball** - frei. - Rauchen verboten. Zutritt haben nur Mitglieder mit ihren Angehörigen. - Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.

### Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr: I. Abteilung.

**Carl Weiss-Theater: Ueber unsre Kraft.** (II. Teil.)  
 Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.  
 Die Vorstellungen folgen am 18. November (Totensonntag, 25. Nov., keine Vorstellung), 2., 9., 16., 23. und 30. Dezember. **234/14**  
 Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass sie nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen dürfen. Nachzügler haben kein Anrecht auf einen Platz im Theater.  
**Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

### Centralverband der Graveure u. Ciseleure

und verw. Berufsgen. (Filiale Berlin).  
 Sonnabend, den 10. November, in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29:  
**Grosses Konzert**  
 unter Mitwirkung des Berliner Männer-Quartetts „Harmonie“, der Sängerin Fri. Hedwig Kaufmann, des Recitators Herrn Max Felmy und des Berliner Sinfonie-Orchesters.  
 Eintritt inkl. Tanz 50 Pf. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr.  
 Billets sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: Ernst Bräuner, Mariannenplatz 5; Franz Guttschmidt, Kottbuser Damm 8; Paul Hoffmeister, Nirxhof, Kaiser Friedrichstr. 2-3; Jäger, Wallfadenstr. 11; Fischer, Blondenstr. 55; Karl Wunderlich, Wallstr. 76; Heinrich Sander, Reichsbergerstr. 132. **74/15**

### Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.

Jeden Donnerstag:  
 Im neuen Festsaal: **Große Soiree der „Norddeutschen Sänger“**  
 Zimmermann, Steinhardt, Slangenberg etc.  
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**  
 Jeden Sonntag: **Grosses Militär-Streich-Konzert.**  
 Anfang 6 Uhr. **Max Kliem.**  
 Empfehlung meine 3 Säle: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, bereinigt und weislichhalten. **57092**

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. **Rur** erfrischliche. **Spezialitäten.** J. M. Hätt.  
 Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. M. Hätt.  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt).  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße. München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau: Victoria-Apothek. **[54308]**

Anerkannt vorzüglichste Qualität!  
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!  
**Anker**  
 Brikets  
 Anerkannt vorzüglichste Qualität!  
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

### Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Roller, Schlosser, Schlichter, Sonditoren, Friseur  
 En gros - Detail. **5617L**  
**D. Wurzel & Co.,**  
 Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantuffel-Strasse.  
**Anker-Briketts** **Zähne** 2 Mark. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mt. Vollkomm. schmerzlos. Zahnstehen 1 Mk., Plomben 1 Mt.  
**Friedr. Daniel u. Co.** **J. Blumberg.** **W. H. H. H.**  
 Berlin W. 8., Leipzigerstr. 29. a. Drantent. Thor. Ept. 8-7, Entg. 8-1.

### Abteilung Weingrosshandlung

**Echt Jamaica-Rum** echt Verschnitt  
 a Literflasche 2,10, 2,50, 3,10.  
**Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9676.  
 Belle-Allianceplatz 6a. - Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Grüner Weg 60. - Elsassstr. 71. - Putbusstr. 35. - **Schöneberg,** Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. - Steglitz, Albrechtstr. 18.

Der Radfahr-Berein „Frel Weg“, Schöneberg
K. grosses Stiftungsfest

im „Rheinschloss“ Friedenau,
Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr,
Andreasstraße 21 bei Stechert. Gäste 20 Pf.

Der praktische Naturheilkundige Grundmann spricht,
Aufnahme neuer Mitglieder, Frauen und Männer, im Vortrag und
Naturheil. 72 Köpnickstraße 72 (Heanderstr.)

Salontepich,
ertragreiches Produktiermodell 26,00,
wunderschöne Zimmerteppiche 8,00,
produktvoller Sammetteppich 30,00.

van Houtens Cacao
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den
täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertig nach Mass unter
garantierterem Sitz:

16. Ziehung 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. November 1900, samstags.
Für die Gewinner über 200 Mark hat das verzeichnete
Klassenamt in Garantie beigefügt.

16. Ziehung 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. November 1900, samstags.
Für die Gewinner über 200 Mark hat das verzeichnete
Klassenamt in Garantie beigefügt.

16. Ziehung 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. November 1900, samstags.
Für die Gewinner über 200 Mark hat das verzeichnete
Klassenamt in Garantie beigefügt.

Verkäufe.
Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste
Wort fest. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkauf, Stoppdecken, pflichtig
Reinhaus Reichenstraße 6. 40/7
Widowverkauf, Kleiderpinsel,
Reifen, Kissen, Spiegel, Bettdecken,

Verkauf, Stoppdecken, pflichtig
Reinhaus Reichenstraße 6. 40/7
Widowverkauf, Kleiderpinsel,
Reifen, Kissen, Spiegel, Bettdecken,

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenstellen für Berlin
bis 4 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.



Partei-Nachrichten.

Der Ausweisungsbefehl gegen Verstein soll, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, nicht aufgehoben worden sein. Dagegen soll unser Genosse auf sein Ansuchen gestattet worden sein, sich unter der Bedingung des Wohlverhaltens bis auf weiteres in der Schweiz aufhalten zu dürfen.

Gemeindevahlfrage. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schmöln und Eisenberg in Sachsen-Altenburg siegten noch einer Plättchenmeldung zum erstenmal unsere Parteigenossen und errangen mehrere Mandate.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schankstättenperren im Ruhrrevier. Unter dieser Spitze hatte der Genosse Bredendeb in Dortmund in der „Rhein. Westf. Arbeiterzeitung“ einen Artikel veröffentlicht, worin er das Vorgehen der Polizeibehörden gegen verschiedene Schankwirte, die ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen hergaben, be sprach.

Bredendeb bot einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an und beantragte die Ladung einer ganzen Anzahl hoher und niedriger Polizeibeamten, Gastwirte etc. als Zeugen. Vom Gericht hat Bredendeb jetzt die Mitteilung bekommen, daß die Ladung der Zeugen abgelehnt werde.

Das Gericht scheint demnach die von Bredendeb behaupteten Thatsachen als wahr zu unterstellen. Natürlich bleibt es dem Angeklagten unbenommen, die Zeugen selbst laden zu lassen und Gerichtsbeschlüsse über ihre Vernehmung anzuordnen. Interessant ist die Ablehnung des Wahrheitsbeweises durch den Vorsitzenden des Gerichtes immerhin.

Viel Lärm um nichts. Acht Arbeiter hatten von dem Amtsgericht Friedland (Schles.) Strafbefehle in Höhe von 20 M. erhalten, weil sie bei der Verbreitung von Flugblättern für die Waldenburger Nachwahl gegen den § 386 Abs. 1 Str.-G.-B. (wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft), und in Verbindung damit gegen den § 1 der Ober-Präsidental-Verordnung vom 9. März 1896, betreffend die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage — verstoßen haben sollten.

Kommunales.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat folgende Tagesordnung: Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Wahl eines Bürgerdeputierten für die Wasserverwaltung. — Vorlagen betreffend: die nachträgliche Genehmigung des Anlaufs der zur Anlage eines Haupt-Entwässerungsgrabens aus dem Rittergut Siethen im Jahre 1896 erworbenen Ländereien, — die Festsetzung von Einheitsfähren für die Erstattung der Wasserpflegekosten während der Zeit 1. April 1900/1903, — die Annahme einer der Wasserverwaltung gemachten Zuwendung, — die Verwaltung der offenen Armenpflege, — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Vierteljahr Juli/September 1900, — die Einrichtung von sechs neuen Revier-Inspektionen bei den städtischen Gaswerken, — die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen, — die erfolgte Bau-Abnahme des Neubaus der Gemeindepflichtschule in der Kottbuserstr. 82/34, — und den Abschluß eines Vertrags mit der Gemeinde Mariendorf über die Einlegung eines Druckrohrs der Kanalisation von Berlin in die Chausseestraße (Berlin-Kottbuser Chaussee) und die Dorfane, sowie über die Aufnahme der Abwässer von Mariendorf in eines der Druckrohre der Kanalisation von Berlin. — Fünf Rechnungen. — Einige Unterstufungsachen.

In der Stadtverordneten-Versammlung hat der Stadtv. Kalsch in Gemeinschaft mit noch 25 Stadtverordneten folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinschaftlich durch geeignete Maßnahmen auf schleimige Abänderung der durch die neue Gerichts-Vollzieher-Ordnung für die Rechtspflege in Berlin hervorgerufenen Unbestände hinzuwirken. Herr Stadtverordneter Dr. Friedemann und noch 28 andre Stadtverordnete haben folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit dem Polizeipräsidenten schleunigst in Verhandlung zu treten zwecks Maßnahmen, die eine Verhütung der auf den Straßen der Berliner Straßenbahn vorkommenden häufigen Unfälle herbeizuführen geeignet sind, und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten.

Lokales.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 18. November, erscheint die neue Lokalliste. Die Genossen werden dringend ersucht, Änderungen resp. Neu-Aufnahmen an die Unterzeichneten einzusenden und zwar spätestens bis Dienstag, den 13. November für Berlin an den Obmann Genossen Carl Scholz, Wrangelstr. 110, für Zeltow-Beeskow an Genossen Hermann Quitt, Rixdorf, Hohenzollernstr. 82, für Niederbarnim an Genossen Paul Rette, Friedrichsfelde, Pichlerberger Reigen-Allee 20a, für Potsdam-Osthavelland an Genossen Ernst Rieger, Spandau, Molltestr. 3. Diverse Orte an Genossen R. Solomon, Brägen a. O.

Am 10. November hält der Klub „Vergißmichnicht“ ein Kränzchen ab und zwar in Gebäudersalon. Wie bekannt, steht genanntes Lokal der Arbeiterkassen zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Ebenso hält die freie Kranken- und Sterbelasse der Anhänger des Naturheil-Verfahrens, Eingekleidete Hilfskasse Nr. 115, ein Vergnügen bei Benzlow, St. Bodrich, Charlottenburg, Spreestr. 8, ab. In beiden Festlichkeiten wird versucht, Mittel in Arbeiterkreisen abzugeben. Die Lokalkommission. J. A.: Karl Scholz, Wrangelstr. 110.

Für die Verpflegung von Kindern in der städtischen Wasserpflege

Will der Magistrat den zur Erstattung der Kosten verpflichteten Angehörigen künftig einen höheren Betrag als bisher in Rechnung stellen. In den letzten drei Jahren wurden pro Jahr und Kind berechnet an Verpflegungs- und Verwaltungskosten: in dem Waisenhaus zu Nimmelsburg 697,60 M., in dem Waisenhaus (sonst „Depot“ genannt) zu Berlin 385,20 M.; an Verwaltungskosten (abgesehen von den anderweitigen Aufwendungen, wie Kostgeld usw., die hier extra berechnet werden): in der hiesigen Kostpflege 18 M., in der auswärtigen 25,20 M. Diese Beträge sollen vom 1. April 1901 ab erhöht werden: in Nimmelsburg auf 828,— M., also um 230,40 M., in Berlin auf 824,40 M., also um 439,20 M., in der hiesigen Kostpflege auf 43,20 M., also um 25,20 M., in der aus-

wärtigen auf 50,40 Mark, also um 25,20 Mark. Dagegen wird für Kleinbeeren eine Ermäßigung auf 716,40 Mark, also um 228,80 Mark, beabsichtigt. Die Erhöhungen beziehungsweise die Ermäßigung erklären sich nicht daraus, daß die Selbstkosten der Verpflegung einschließlich Verwaltung inzwischen um so viel höher bezw. niedriger geworden wären. Sie sind darauf zurückzuführen, daß bei Ermittlung des Kostenfußes künftig nach anderen Grundsätzen als bisher verfahren werden soll. In seiner bezüglichen Vorlage bemerkt hierzu der Magistrat, die bisher gültigen Grundsätze, die aus dem Jahre 1888 stammen, hätten den Zweck gehabt, die Kostenerstattungs-Ansprüche der Stadt den erstattungspflichtigen Personen „möglichst erträglich“ zu machen, die Kostenfüße also „starklich niedrig“ zu berechnen. Nach diesen Grundsätzen wurde z. B. der Wert der Grundstücke und Gebäude bei den Anstalten in Nimmelsburg und Berlin außer Betracht gelassen. Die Wasserverwaltung hatte auch für die nächsten Jahre die Kostenfüße nach den bisherigen Grundsätzen ausrechnen wollen, aber sie wurde vom Magistrat angewiesen, die „wirklichen Selbstkosten“ zu ermitteln, also unter anderem auch den Grund- und Gebäudewert zu berücksichtigen. Sie gelangte dann zu den oben mitgeteilten höheren Sätzen. (Die Anstalt in Kleinbeeren hat — man möchte unter solchen Umständen fast sagen: glücklicherweise! — keinen Grundbesitz, sondern wohnt zur Miete. Die Ermäßigung des Kostenfußes, die hier eintreten soll, beruht darauf, daß die Anstalt in den ersten Jahren nach ihrer Eröffnung noch wenig besetzt war, so daß sich die Gesamtkosten damals auf weniger Kinder als heute verteilten. Die Erhöhung für die in Kostpflege untergebrachten Kinder kommt u. a. dadurch zu stande, daß künftig die Gehälter usw. auch der nur teilweise mit der Wasserpflege in Verbindung kommenden städtischen Beamten, z. B. auch der Magistratsmitglieder, bei der Kostenberechnung entsprechend berücksichtigt werden sollen. Der Magistrat beruft sich für die von ihm beabsichtigte Verteuerung nicht auf den bekannten „Zug der Zeit“, sondern auf eine bereits im Jahre 1888 erlassene Verfügung, die bezüglich der Krankenhäuser und Siedeanstalten diese neuen Grundsätze für die Kostenberechnung aufgestellt habe. Die Grundsätze werden aber dadurch nicht besser, daß sie bereits bei anderen Anstalten befolgt werden. Wenn die Stadtgemeinde sich den Bodenwert der Kranken- und Siedeanstalten, der Waisenhäuser usw. durch die meist sehr wenig bemittelten Pflegekinder beziehungsweise durch deren Angehörige verginzen läßt und dabei obenein nicht die ursprünglichen, sondern den jeweiligen, mit der Zeit immer weiter steigenden Wert annimmt, so handelt sie wie der Grundstückspekulant, der seine Preise erhöht, sobald — ohne sein Zutun! — die Grundstücke in dem betreffenden Stadtteil wertvoller geworden sind. Das nur 70 Morgen große Grundstück in Nimmelsburg war, wie wir zur Ergänzung der Vorlage bemerken wollen, bereits alter Feig der Stadt Berlin, als 1883 beschlössen wurde, ein Waisenhaus darauf zu erbauen. Es war ein Teil der ehemaligen Vorpagener Höhe und sein damaliger Wert war gering. In den vierzig Jahren zahlte die Niederschlesisch-Märkische Bahn hier nicht mehr als 100 Zehner pro Morgen an die Stadt Berlin, und in den fünfzig Jahren bekam die Stadt für den Morgen Heideboden eine jährliche Pacht von 4 bis 5 Zehner.) Das Grundstück des Waisenhauses in Berlin (Alte Jakobstraße) hat die Stadt geschenkt erhalten; es stammt aus der Franke-Stiftung. Was würde wohl der Stifter dazu sagen, wenn er wüßte, daß sich der Magistrat jetzt sogar den Wert aus dieses Grundstücks von armen Leuten verginzen lassen will! Wenn die bisherigen Grundsätze darauf abzielten, den erstattungspflichtigen Personen die Kosten-erstattung „möglichst erträglich“ zu machen, so wird sie ihnen durch die neuen Grundsätze geradezu unerträglich gemacht.

Arbeiter-Latein.

So ging es und geht es noch heute. Kommt der Berg nicht zu Mohammed, so muß Mohammed zum Berge kommen. Mohammed ist in unrem Pässe unser geachtetes Respublikum, das uns, sei es auf direktem Wege, sei es durch Vermittelung der Prekominmission, seit Menschengedenken mit dem Ergehen kommt, und doch der berechneten Fremdwörter zu enthalten. Der Berg aber besteht eben aus jenen Fremdwörtern, die so manche unser Leser nicht überlesen können und die ihnen auch bei dem Versuch, sich dahin durchzusetzen, unverdaut im Magen liegen bleiben.

Was ist da zu machen? Der Redakteur schwigt und will seinen Lesern und Lesertinnen einen Leitartikel ohne Fremdwörter zurückbreiten. Es geht aber beim besten Willen nicht. Das Zeug umschwirrt seine Feder wie die Wäden, drängt sich in Tinte und Druckerschwärze und grinst einen frech am nächsten Morgen in der Zeitung an.

In dieser Not haben zwei edle Männer ein menschlich Mäheren gefaßt. Die Herren Professor Dr. Diels und Privatdozent Dr. Helm haben sich im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern zusammen und fahden den ebenso kühnen wie menschenfreundlichen Entschluß, Harmonie und Verständnis zwischen Redakteur und Leserschaft dadurch herzustellen, daß sie Arbeiter wie Arbeiterinnen zu einem — Einführungs-Kursus in die lateinische Sprache einladen, die so ziemlich aller Fremdwörter Nährboden ist. Hierzu ein kühnes Unterfangen, und wie es in den fürs erste vorgesehenen sechs Unterrichtsabenden zu einem halbwegs glücklichen Ende geführt werden soll, ist uns heute noch ein Rätsel.

Aber Herr Professor Diels ging gestern im französischen Gymnasium wieder aus Berl. Er nahm einen Leitartikel des „Vorwärts“ beim Schopf und sammelte daraus 21 Fremdwörter zusammen. Das wimmelte nur so von Operation, Koalition, Konkurrenz und Kommission. Uns fiel eine Last vom Herzen, als wir aus gelehrtem Mund Absolution erhielten und vernahmen, daß es ohne Fremdwörter in der Zeitung nun einmal nicht mit rechten Dingen zugehen kann. Und weiter führte Herr Professor Diels uns an den öffentlichen Gebäuden Berlins vorbei, zeigte, wie in der königlichen Bibliothek das Nutrimentum spiritus verzapft wird, und leitete daraus ebenfalls die Notwendigkeit her, ein bißchen Latein in uns aufzunehmen.

Die beiden Herren, die sich an eine so schwere Arbeit herangemacht haben, werden es uns nicht übel denken, wenn wir ihrem Unterfangen mit Bedenken und Zweifeln gegenübersehen. Nicht, daß wir uns auf den Standpunkt verweisen, der Arbeiter und die Arbeiterin könnten besseres thun, als sich die fünf Deklinationen, die vier Konjugationen und die Deponentia einüben. Nur wenige sind bei energischem Streben nach Wissen auf die tiefe Bahn höherer Bildung hinübergeraten; und warum sollte ein Kursus in Latein nicht, wenn auch nach anderer Richtung hin, dem Geist ebenso schulen, wie etwa ein Kursus in Nationalökonomie? Und warum sollte ferner der Arbeiter sich nicht in beiden Fächern gleichzeitig streben bemühen können?

Aber unklar ist uns allerdings, wie das pädagogische Talent der beiden Lehrer es einrichten will, daß der Lernende von dem Unterrichtsverhältnismäßig weniger Stunden soviel profitiert, um weiter bauen zu können. In Wien soll der Lateinkursus für Arbeiter ja vorzüglichem Erfolge gehabt haben. Ob er dort nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird, wie hier, wissen wir nicht. Wir wollen aber bei allen Zweifeln hoffen, daß das gestern hier begonnene Mähen für Lehrer wie für Lernende kein verlorenes ist.

Konservative Ständemacher. Gegen die Gültigkeit der Dienstag vollzogenen Wahl des Bezirksvorstehers Giese zum Stadtverordnetenvertreter d. 1. Wahlbezirks, 3. Abteilung, soll, wie gemeldet wird, Protest eingelegt werden. Bei Schluß des Wahlgangs kam es in dem Wahllokal zu recht erregten Auftritten. An der Thür in dem Raum hatten kurz vor 8 Uhr eine Anzahl

konservativer Wähler Aufstellung genommen, und als vier Minuten vor 8 Uhr noch mehrere Wähler erschienen, protestierte einer der konservativen Herren gegen die Zulassung der Renan-gekommenen mit der Behauptung, daß es (nach seiner Uhr) bereits 8 Uhr sei. Da der diensthabende Magistratsbeamte den Protest unbeachtet ließ, so kam es zu einer erregten Scene und eine Anzahl der erwähnten Herren verhielten sich gewaltsam, Personen an dem Betreten des Lokals zu verhindern. Der im Auftrag des Magistrats der Wahl beiwohrende Syndikus Rechtsanwält Sachß interwenierte, und es gelang ihm auch, für einen Augenblick Ruhe zu schaffen. Als jedoch gleich darauf wiederum Wähler erschienen, begannen die Protestler von neuem zu lärmen, und erst, als pünktlich um 8 Uhr das Wahllokal geschlossen wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Das Geschrei in der reaktionären Presse, wenn socialdemokratische Arbeiter sich bei irgend einer Wahlhandlung derartig benommen hätten!

Ueber die Königher Angelegenheit wurde gestern im Verein jüdischer Staatsbürger verhandelt. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Lewinsohn teilte mit, daß dem Centralverein jüdischer Staatsbürger durch die Königher Angelegenheit viel Arbeit erwachsen sei. Bei nicht weniger als 7 Prozessen, die mit der Sache zusammenhängen, habe die Rechtschutz-Kommission eingreifen müssen. Davon sei bisher nur der Prozeß Israelki endgültig durch die Freisprechung erledigt. Da Israelki nicht mehr in Königh bleiben konnte, habe der Verein mit Hilfe privater Wohlthätigkeit ihm Gelegenheit geboten, sich anderwärts eine Existenz zu gründen. Dem wegen Reineids verurteilten Kaufmann Jacoby-Zuchel, der allgemein als Ehrenmann bekannt sei, werde hoffentlich in der Revisionsinstanz sein Recht werden. Der Prozeß Mahlof gestatte noch kein abschließendes Urteil. Sehr erfreulich sei es, daß alle in Betracht kommenden behördlichen Funktionäre, die Kriminalbeamten, der Landrat, wie die Staatsanwält des Märchen vom Ritualmord weit von sich wiesen und ohne Voreingenommenheit ihres Amtes walteten. Direkt auf die Initiative des Centralvereins sei der noch bevorstehende Prozeß gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ zurückzuführen, dessen Ausgang wahrscheinlich ein Reue-nischlag für den Antisemitismus sein werde.

Daß der Verein sich der bedrängten Glaubensgenossen annimmt, ist ebenso anerkennenswert, wie seine schon häufig von uns gerühmte Demunziations-thätigkeit vernunftgemäß ist.

In der Herberge des Gewerkschaftshauses reisten im Oktober 1270 Personen zu; von diesen waren 1081 organisiert. Diese sowie die bereits am 1. Oktober anwesenden 110 Personen haben zusammen 5933 mal übernachtet. Wäber wurden 1899 verabschiedet, gereinigt wurden 25 Personen. Die bisherige Frequenz der Herberge ist folgende: Mai 2535, Juni 4486, Juli 5564, August 5884, September 5830, Oktober 5933 Uebernachtungen.

Ein Generalstreik der Kriminalpolizisten kündigt das hiesige „M. Journal“ an. Die Senationsnachricht wird in folgender Form verzapft:

Unter den Kriminalunterbeamten hat der bisherige Verlauf des „Stenzberg-Prozesses“ eine förmliche Gärung hervorgerufen. Man fürchtet in diesen Kreisen, daß durch die jüngsten Enthüllungen die Selbstständigkeit der Kriminalbeamten bei ihren Ermittlungen noch mehr eingeschränkt werden wird, als bisher, wodurch sich das Arbeiten für sie noch schwieriger und unfruchtbarer gestalten würde, als es ohnehin ist. In einer Zusammenkunft, welche die ältesten Kriminalunterbeamten in der Nacht von Sonntag auf Montag abhielten, besprachen sie eingehend diesen Punkt. Besonders erregt waren die Beamten über den Fall Stierstädter, welcher letzterem seine Kollegen ausnahmslos die größte Sympathie und Hochachtung entgegenbringen. Die anwesenden Beamten verpflichteten sich schließlich durch Wort und Handschlag, im Falle einer Maßregelung Stierstädters in ihrer Gesamtheit sofort um die Entlassung aus dem Polizeidienst einzukommen.

Da erleben wir am Ende noch, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter um Unterstützung der Anstößigen angegangen werden!

750 neue Schulleute. Die Schugmannschaft soll immer noch, gleich der Kriminalpolizei, eine „Reorganisation“ erfahren. Hierüber wird berichtet: Nachdem im Laufe der letzten Zeit die Reorganisation der hiesigen Kriminalpolizei durchgeführt worden ist, die indessen auf Grund der unliebsamen Enthüllungen im Stenzberg-Prozeß noch erweitert werden soll, geht das Ministerium, dem Vernehmen einer Korrespondenz zufolge, auch mit dem Gedanken um, der uniformierten Polizei erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Es soll zunächst unter Verstärkung der uniformierten Polizei der Dienst geändert werden. Gegenwärtig haben die Schulleute den sogenannten „Höllendienst“, d. h. die Leute jedes Reviers sind in zwei Hälften geteilt und haben unrichtig je 24 Stunden — Ablöschungstermin ist um 1 Uhr mittags — Dienst. Es ist nun geplant, den „Höllendienst“ einzuführen. Die Schulleute würden dann vier Tage hintereinander Tagesdienst haben und zwar von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Der fünfte Tag ist freier Tag mit anschließendem Nachdienst. Für den Uebergang vom Nacht zum Tagesdienst, am sechsten Tage dürften noch besondere Maßnahmen getroffen werden. Um nun zur Durchführung dieses Projekts die erforderliche Anzahl von Beamten zu haben, werden bei der Staatsregierung entsprechende Anträge gestellt werden. Es sollen sodann einige neue Reviere eingerichtet und der Etat der uniformierten Polizei soll um 750 Mann erhöht werden.

Wir sind gespannt, ob sich mit dieser im reaktionären Landtag selbstverständlicher der Bewilligung sicheren Neuerung auch die Qualität der Schugmannschaft heben wird.

Zu dem am 4. November auch von uns gebrachten Artikel: „Versteckgeheimnisse einer Kur-Vade-Anstalt“ teilt uns der Besitzer der Anstalt mit, daß die Angaben jeder Begründung entbehren, was schon zur Genüge daraus hervorgehe, daß die Gesundheitspolizei öfters, auch in allerletzter Zeit, die Anstalt auf das genaueste inspiziert habe, ohne auch nur die geringste Veranlassung zu machen. Gegen die Urheber der Verdächtigungen sei bereits die Klage eingereicht. Wenn dies der Fall ist, so wird in die Angelegenheit hoffentlich Klarheit kommen.

Selbstmordversuch. In einem Anfall von Geistesstörung stürzte sich gestern vormittag in einem Hause der Mauerstraße die 18jährige Margarete St. aus einem Fenster der in der zweiten Etage gelegenen Wohnung ihrer Mutter auf den Hof hinab und blieb hier ohnmächtig und stark blutend liegen. Der sofort herbeigeholte Arzt stellte inbeffen fest, daß die Verletzungen nicht lebensgefährlicher Natur sind.

Achzand in der Stadtvoigtei. Nachdem das neue Polizeigefängnis am Alexanderplatz bezogen worden ist, werden am 15. d. Mts. in der alten Stadtvoigtei am Rollenmarkt Spinden, Wessellen, Bettzeug und dergleichen mehr, was in das neue Gebäude nicht mit hinübergenommen wurde, öffentlich versteigert werden.

Die Untersuchungssache wegen Münzverbrechens, die zur Zeit beim Landgericht I schwebt, hat einen so großen Umfang angenommen, daß seit mehreren Monaten bereits gegen 20 Personen in Haft genommen sind und die Akten 20 Bände füllen. In jüngster Zeit ist die Behörde noch zur Verhaftung eines in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes wohnenden Freundes R. geschritten, der beschuldigt wird, die falschen Geldstücke beim Herausgeben von Wechsel-

geld an seine Kunden in Verkehr gebracht und so gegen gutes Geld eingetauscht zu haben. A. will von einem polnischen Arbeiter, der sich unter den Verhafteten befindet, ganz ahnungslos solche Falschstücke nur in einem Falle empfangen haben und auf diese Weise selbst geschädigt sein. Er hat nach dieser Richtung durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwandt Beweis antreten lassen.

Erben werden von dem Rechtsanwalt und Notar Bawersig zu Glogau in Berlin gesucht. Im Februar d. J. starb in Glogau hochbejahrt die unverehelichte Luise Neugebauer. Zu ihren Erben gehört ein Klempner Paul Koch, dessen Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist. Seine Mutter war eine geborene Mathilde Neugebauer, sein Vater war Beckmeister in Sprottau und zog von dort vor Jahren nach Berlin. Paul Koch soll noch eine verheiratete Schwester besitzen.

Ein Leichenfund beschäftigt die Behörden in Marienwerder im Bezirk Potsdam. Dort war ein Dienstmädchen aus Gersdorf bei Kramp, das bei dem Landmann Kleintert sich in Stellung befand, seit dem 16. v. Mts. verschwunden. Seitern nachmittags um 1 Uhr wurde das 18jährige Mädchen im Finowkanal als Leiche wiedergefunden. Der Kopf und das Gesicht war mit einem Tuche vollständig verbunden. Ob ein Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, kann erst eine genaue Besichtigung der Leiche feststellen.

Das Passage-Paroptikum hat in diesen Tagen seine Pforten wieder aufgethan. Es sieht noch ein bisschen unaufgeräumt in dem renovierten Teil der Lokalitäten aus und daher ist über die Wirkung der Neu-Ausstattung noch kein richtiges Urteil möglich. Ein großer Saal mit vielen Nebenräumen ist zu einer Art zinerischer Ausstellung hergerichtet worden, die mancherlei Sehenswürdiges enthält und das Gute an sich hat, daß sie kein Stapelplatz des Schawinlennus ist. Von prächtiger Wirkung ist der große Marktplatz einer zinerischen Stadt, auf dessen Mitte man naturgetreu eine Bühne hergerichtet hat. Hier wird ein anscheinend sehr tragisches Stück aufgeführt, denn zwei würdig-bezogene Männer unterhielten sich, als wir anständig zur Hören, im Wechselgespräch über eine Dame, die dem traurigen Schicksal der Opheleia verfallen war. Im großen Saal zeigen sich beachtenswerte Feuerfresken, Jongleure und andre Spezialitäten; unter den Sängern erwidert sich die von der Bühne her bekannte Soubrette Frau Anna Müller den gewohnten Beifall. Die Spezialitäten-Vorstellung dauert ununterbrochen von Mittag bis zum späten Abend. Dem neben der Qualität der künstlerischen Werkstoffe auch um deren Quantität zu thun ist, der kann in der That nichts Besseres beginnen, als für 50 Pf. das Passage-Paroptikum zu besuchen.

### Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im „Englischen Hof“, Kochstraße, seine Generalversammlung ab, in der zunächst das Resultat der am selben Tage stattgefundenen Kommunalwahl im ersten Kommunal-Wahlbezirk bekannt gegeben wurde.

Hierauf hielt Rechtsanwalt W. Frankl einen Vortrag über das Koalitionsrecht. Eine Diskussion über den interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem der Redner die mannigfachen Beschränkungen des Koalitionsrechts der Arbeiter, die durch die üblich gewordene Praxis der Gerichte durch das Vorgehen der Behörden und der Unternehmer auch ohne Justizhofsgeleitz vorgenommen werden, einer herben Kritik unterzog, wurde nicht beliebt.

Nach dem Bericht des Vorstands, den Oppel erstattete, wurden im verfloffenen Halbjahr 6 Vorstandssitzungen und 4 Vereinsversammlungen abgehalten. Die Einnahmen betragen infolge des alten Bestands von 68,45 M. insgesamt 224,85 M., die Ausgaben 68,10 M., so daß ein Kassenbestand von 156,75 M. verblieb. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Fr. Feigentreff, 1.

W. Frankl 2. Vorsitzender, G. Oppel 1., Ege 2. Kassierer; Bregel 1., Boldt, 2. Schriftführer, Wolzmann Beisitzer. Als Revisoren wurden Fiedler und Dreffel gewählt.

Sodann wurde bekannt gegeben, daß noch eine Anzahl Sternwarte-Billets zu ermäßigten Preisen vorhanden sind, die nur noch bis Dezember Gültigkeit haben und unbedingt bald vertrieben werden müssen, damit dem Verein die Kosten erspart bleiben. Außerdem sind noch einige Urania-Billets zu der am 18. d. M. stattfindenden Vorstellung an den bekannten Stellen zu haben. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß am 22. d. M. eine große Versammlung geplant ist, in der B. Göhre über Christentum und Socialdemokratie referieren wird und eine rege Agitation für die Versammlung entfaltet werden soll.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbands der Zimmerer von Berlin und den Vororten tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Dieselbe setzte sich aus Delegierten der einzelnen Bezirke und der Vorort-Gabställen zusammen. Die Tagesordnung lautete: Soll das Vertragsverhältnis zwischen untrer Organisation und dem Arbeitgeberbund verlängert werden und unter welchen Bedingungen? Das Referat hatte Kube übernommen. Redner giebt von den Zuständen vor und während der Zeit des Vertrags ein Bild, bespricht die wirtschaftliche Lage der Zimmerer, sowie die jetzige Konjunktur im Baugewerbe, und faßt seine Ausführungen in folgende Resolution zusammen:

Die heute am 4. November 1900 tagende Generalversammlung der Gabställen des Verbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen in Berlin und den Vororten, stellt zur Vertragsverlängerung folgende allgemeinen Grundsätze auf:

1. Die Mitglieder des Zentralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen von Berlin und den Vororten halten nach wie vor daran fest, durch ihre Organisation Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation der Bauarbeitgeber auf bestimmte Zeit abzuschließen. Der gegenwärtige Vertrag, der sich im allgemeinen sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bewährt hat wird als Grundlage aller weiteren Vereinbarungen anerkannt, und als bindend so lange betrachtet, als neue Vereinbarungen nicht getroffen werden und der Vertrag nicht ausdrücklich von einer der beiden vertragschließenden Parteien als für sie aufgehoben erklärt wird.

2. Unter allen Umständen ist bei der Vertragsverlängerung darauf zu achten, daß Garantien dahingehend geschaffen werden, daß die Vereinbarungen in Zukunft gewissenhafter als bisher durchgeführt werden und die einzelnen Bestimmungen so präzisirt werden, daß Meinungsverschiedenheiten und Irrtümer nicht entstehen können.

3. Im Laufe der Zeit haben sich Änderungen einzelner Paragraphen des Vertrags als notwendig erwiesen, welche besonders namhaft gemacht werden; dieselben sind bei der Vertragsverlängerung zu berücksichtigen bezw. vorzunehmen.

4. Die bisher eingetretenen Lohnerhöhungen sind durch die Steigerung der Wohnungsmiete und die Erhöhung der Lebensmittelpreise im wesentlichen aufgehoben, so daß eine fühlbare Verbesserung in der Lage der Zimmerer nicht eingetreten ist. Die von anderer Seite gestellten Anträge auf Erhöhung des Stundenlohns sind deshalb zu unterstützen in der Vorandsetzung, daß die Antragsteller überzeugt und sich betührt sind, daß Forderungen dieser Art, wenn einmal gestellt, nur mit aller Energie und unter günstigen Umständen durchgesetzt werden können.

5. Die Versammlung steht in der Vertragsverlängerung zwischen zwei sich auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüberstehenden Interessensorganisationen beziehungsweise Gruppen einen Akt gegenseitiger Anerkennung und Achtung und die Gewähr des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Erhaltung dieses Verhältnisses hängt jedoch einzig und allein ab von einer starken finanziell gut fundierten Organisation auf Seiten der Arbeiter, die eventuell auch in der Lage ist, dem Vertrag durch einen Kampf den gehörigen Respekt bei solchen Arbeitgebern zu verschaffen, die demselben nicht achten. Außerdem hängt die Verbesserung des Vertrags zu Gunsten

der Arbeiter im wesentlichen von der Straffheit und finanziellen Leistungsfähigkeit der vertragschließenden Arbeiterorganisation ab. Die Generalversammlung fordert deshalb alle in Berlin und den Vororten der Organisation der Zimmerer noch fernstehenden Berufsgenossen auf, sich dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen anzuschließen, und darin jene Pflichten zu erfüllen, welche das Vertragsverhältnis für einen jeden Zimmerer zur unabwiesbaren Notwendigkeit macht.

Nach einer circa fünfständigen lebhaften Debatte wurde diese Resolution gegen 3 Stimmen angenommen. Alle übrigen Anträge wurden der vorgeschriebenen Zeit wegen dem Vorstand überwiesen.

In zwei Versammlungen beschäftigten sich am 6. Oktober die Schuhmacher mit der Lage der in den Besohlanstalten und bei Kleinmeistern arbeitenden Berufslosigen. In der Versammlung für den Norden, welche in der Brauerei Königsstadt stattfand, folgte dem Vortrage des Schuhmachers Hildebrandt eine längere Diskussion, an der sich eine große Anzahl Arbeitgeber beteiligte. Die Redner konnten die geschilderten Mängel nicht in Abrede stellen. Einige Arbeitgeber glaubten durch die Innung eine Verbesserung herbeiführen zu können. Von der Mehrzahl der Redner wurde jedoch anerkannt, daß die Verhältnisse der Arbeiter mit von diesen selbst durch eine starke Organisation gebessert werden könne. Zum Schluß stimmten die Versammelten einer Resolution zu, welche den Schuhmachern den Eintritt in den Verein deutscher Schuhmacher empfiehlt. In gleicher Weise verließ die bei Kautenberg, Oranienstraße 180, tagende Versammlung für den Osten. Hier hielt das einleitende Referat der Schuhmacher Weber, und wurde dessen trefflichen Ausführungen von den Diskussionsrednern allseitig zugestimmt. Schmolle erklärte unter großer Heiterkeit der Versammlung einen „Verführer-Vertrag“, welchen der mehrfache Besohlanstaltinhaber Lange mit ihm abschließen wollte. Der Vertrag wimmelt von Strafen und wird bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 95 Stunden der respektable Lohn von 20 Mark zu Grunde gelegt. Auch diese Versammlung schloß sich der obigen Resolution einstimmig an.

### Vermischtes.

Unanglück in Stettin. Durch einen Giebelsturz beim Abbruch eines Hauses in der Breitestraße zu Stettin wurden gestern früh, soviel bisher festgestellt ist, 6 Personen getötet und mehrere verletzt.

Ueber den Vesfall in Bremen wird amtlich bekanntgegeben: Die Nachforschungen nach der Entstehungsgeschichte des hier beobachteten Vesfalls haben bisher folgendes Ergebnis geliefert: 1. Der Dampfer „Marienburg“ ist am 17. September von Buenos Aires abgegangen, am 20. Oktober auf der Elbe angekommen, am 26. Oktober von Hamburg weitergefahren und am 27. Oktober in Bremen angekommen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Vesfall in Buenos Aires an Bord gebracht ist und sich an irgend einer Stelle des Schiffs, vielleicht durch Vermittlung von Ratten, während der ganzen Reise lebend erhalten hat. 2. Die in der vordersten Abteilung des Schiffs enthaltene Ladung, bestehend in Häuten, wurde in Hamburg vollständig gelöst. Nach Aussage seiner Kameraden hat der Seemann Kunze kurz vor der Abfahrt von Hamburg an der Reinigung dieser Abteilung teilgenommen; der dort zusammengelegte Rehrich wurde an Deck geschafft und während der Fahrt nach Bremen auf See über Bord geworfen. 3. Da der Seemann Kunze am 20. Oktober erkrankt ist, ist es wahrscheinlich, daß er den Krankheitskeim bei der Reinigung des Schiffsraums am 25. oder 26. Oktober aufgenommen hat.

Nach einer weiteren amtlichen Mitteilung liegt kein neuer Vesfall vor. Alle isolierten und unter ärztliche Beobachtung gestellten Personen befinden sich wohl.

Ein rabiatier Mönch. Einer Krakauer Meldung zufolge versuchte der Mönch Borisco ein Attentat auf das Spital der barmherzigen Brüder in Krakau, indem er eine mit Pulver gefüllte Flasche in einen brennenden Kohlenofen warf. Durch die Explosion entstand im Spital eine große Panik. Sämtliche Fenster des Gebäudes wurden zertrümmert. Borisco stellte sich selbst der Polizei.

# A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

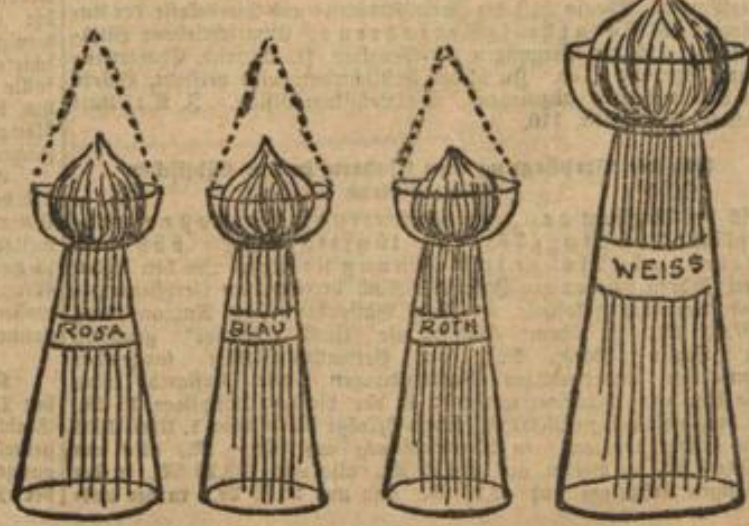
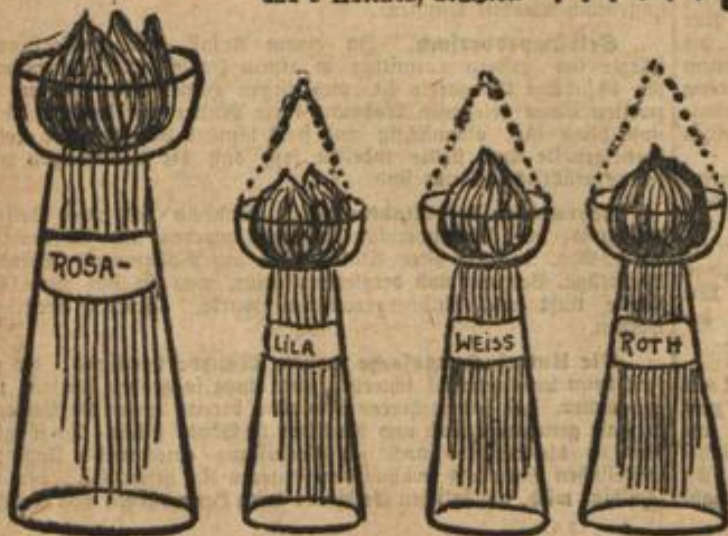
## Angetriebene Hyacinthen-Zwiebeln

Zwiebel, Glas und Hütchen, komplett . . . . . 38 Pf.  
Auf jedem Glas ist die Gebrauchs-Anweisung und die Farbe der Blüthe angegeben.

Hyacinthen-Zwiebeln . . . . . 28 Pf.

## Doppeltes Hyacinthen-Glas

mit Wasserpflanze, 2 angetriebenen Zwiebeln und 2 Hütchen, komplett . . . . . 2,45 Mk.



## Photographie.

Unsere photographischen Ateliers sind jetzt von:

**8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends**  
ununterbrochen für Aufnahmen geöffnet.

Bei Eintritt der Dunkelheit finden die Aufnahmen bei künstlichem Licht statt.

Visitbilder 1 Person . . . . . 1 Dutzend 1,80 Mk.

Cabinetbilder 1 Person . . . . . 1 Dutzend 4,80 Mk.

Postkarten 1 Person . . . . . 1 Dutzend 1,20 Mk.

Gruppen-Aufnahmen, Vergrößerungen, Uebermalte Photographien in tadelloser Ausführung.